

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus schickend.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Aus der Himmels-“ „Frauenstimme“ „Der Kinderfreund“ „Jugend-Vorwärts“ und „Blitz in die Bäderwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kontrahentenzeile 50 Pfennig. Reklameweile 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das Ferkelbrotte Wort 25 Pfennig (außerhalb zwei Ferkelbrotte Worte).

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptredaktion, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 26. April 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der Sieg in Deutschösterreich.

Die Sozialdemokratie mustert fast 45 Prozent der Gesamtstimmenzahl.

Wien, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund des am Montag abend vorliegenden vorläufigen Wahlergebnisses gewinnt die Sozialdemokratie für den Nationalrat vier Mandate, während die Einheitsfront sechs verliert, davon zwei an den Landbund.

Ziffermäßig hat die Sozialdemokratie in Wien 687 291 Stimmen und im übrigen Staat 875 129 Stimmen, zusammen 1 533 720 Stimmen erhalten. Das sind von 3 589 498 insgesamt abgegebenen Stimmen fast 45 Prozent.

Der Landbund hat 223 000 Stimmen aufgebracht. Er ist ziemlich reaktionär, manche seiner Führer haben sich an der (erfolglosen) Verleumdungskampagne gegen die Sozialdemokratie beteiligt. Da jedoch die Einheitsliste dem Landbund die Mandate abknöpfen wollten, besteht zwischen beiden ein starker Gegensatz.

Seipel hat die Wahlkloppel verloren!

V. Sch. Wien, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie auf Kommando versucht die gesamte regierungsfreundliche Presse den sozialdemokratischen Erfolg in einen bürgerlichen Erfolg umzu färben, indem sie die sinnlose Behauptung aufstellt, die Sozialdemokratie hätte gehofft, die absolute Mehrheit bei diesen Wahlen zu erobern; da jedoch die bürgerliche Mehrheit, wenn auch geschwächt, fortbesteht, so sei dies ein Sieg des Bürgertums, und die Sozialdemokraten seien „enttäuscht“.

drein noch gewonnen hat — und zwar an Stimmen verhältnismäßig mehr als an Mandaten —, bedeutet für die Partei einen eklatanten Erfolg.

Die „Arbeiter-Zeitung“ hat schon im voraus auf diese Fälschung der Tatsachen geantwortet und die Taktik des geschlagenen Bundeskanzlers ins Lächerliche gezogen.

Aufruf des Parteivorstandes.

der feststellt, daß Seipel und seine Einheitsliste die Wahlkloppel verloren haben. Dann heißt es weiter in dem Aufruf:

Unsere Stimmenzahl ist über alles Erwarten gestiegen. Obwohl sich infolge der Konzentration der bürgerlichen Stimmen auf eine Liste unser Stimmenzuwachs nicht vollständig in der Mandatszahl ausdrückt, haben wir unsere Mandate auf Kosten der kapitalistisch-kerikalen Einheitsliste vermehrt.

Während im bisherigen Parlament die Christlichsozialen um 14 Mandate mehr hatten als wir, haben sie jetzt höchstens 4 Mandate mehr als wir.

Das Wahlergebnis zeigt, daß wir auf dem Marsche zur Macht sind.

Besonders glänzend ist unser Erfolg in Wien. Die sozialdemokratische Verwaltung Wiens, gegen die der hasserfüllte Angriff der kapitalistischen Parteien vor allem gerichtet war, hat sich glänzend behauptet.

Wien bleibt rot für immer. Das Wiener Rathaus bleibt die wichtigste Machtposition der österreichischen Sozialdemokratie.

Dann spricht der Aufruf den Dank der Parteileitung an alle, die an dem großen Erfolg der Partei mitgewirkt haben, aus und schließt mit einem Appell, am 1. Mai den sozialdemokratischen Triumph zu bekräftigen.

Alles spricht in der Tat dafür, daß die diesjährige Maidemonstration die größte sein wird, die Wien jemals gehabt hat. Sie wird den Auftakt zum verstärkten Kampf der Sozialdemokratie und der Agitation gegen die knappe bürgerliche Mehrheit bilden. Einsteilen dürfte sich allerdings an der Zusammensetzung der Regierung nicht viel ändern, aber man kann schon jetzt sicher sein, daß angesichts des sozialistischen Vormarsches die Angriffslust der Seipel-Regierung gegen die Sozialdemokratie beträchtlich nachlassen wird.

Die Arbeitsmarktorganisation.

Kritisches zu den Vorschlägen des Städte- und Landkreistages.

Der Ausschuß des Reichstages für soziale Angelegenheiten wird in den nächsten Tagen in die Beratung der wichtigen Frage der Organisation der Arbeitslosenversicherung eintreten. Die ursprüngliche Konstitution des Regierungsausschusses wurde von allen Parteien des Reichstages abgelehnt. Die neuen Vorschläge der Regierung über den Träger der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung liegen dem Reichstage in Form eines Antrages vor.

Es ist verständlich, daß angesichts der bevorstehenden Entscheidung durch den Reichstag der Deutsche Städte- und Landkreistag gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag in letzter Stunde den Versuch machten, die endgültige Gestaltung der Arbeitsmarktorganisation und ihre Selbstverwaltung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Diesem Zwecke diene die von ihnen einberufene Arbeitsnachweisstagung am 22. April in München. Ueber den Verlauf dieser Tagung haben wir bereits berichtet. Es ist jedoch notwendig, im Hinblick auf die zutage tretenden Unklarheiten noch einmal das entscheidende Problem mit aller Deutlichkeit aufzuzeigen.

Die Vorschläge des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landkreistages für die Neuorganisation des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung leiden in organisatorischer Richtung an einem unlöslichen Widerspruch. Er ist das notwendige Ergebnis der falschen grundsätzlichen Auffassung, daß Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung Teile der gemeindlichen Verwaltung bleiben oder werden müssen. Weil das jedoch mit Rücksicht auf die parlamentarische Lage nicht zu erreichen ist, finden sich Städte- und Landkreistag damit ab, daß eine Reichsanstalt Träger der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung wird. Der Grundgedanke soll mit der parlamentarischen Lage in Einklang gebracht werden. Und so ist das Ergebnis eine einheitliche Arbeitsmarktorganisation, sondern eine Vielheit von Rechtspersönlichkeiten in Form von Arbeitsämtern, Landesarbeitsämtern und Reichsanstalt.

Der innere Zusammenhang des gesamten Arbeitsmarktes als einer Einheit und die daraus entspringenden Aufgaben einer sozialen Arbeitsmarktpolitik wird dadurch zerstört. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Durchführung der Arbeitslosenversicherung sind nicht nur von lokaler Bedeutung, es sind gleichzeitig Funktionen einer bestimmt gerichteten Arbeitsmarktpolitik von zentraler Bedeutung. Das gleiche gilt von der Erforschung der Zusammenhänge und Bewegung des Arbeitsmarktes, von der qualitativen Steigerung der Arbeitskräfte in Zeiten ihrer unfreiwilligen Ruhe durch Berufsausbildung, Berufsvorbereitung und Berufsumschulung. Hier wird der Zusammenhang mit den Strukturveränderungen der Wirtschaft und einer bewußten Beeinflussung der Wirtschaftsentwicklung sichtbar, die das zentrale Problem einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf weite Sicht ist.

Aus dieser grundsätzlichen Beurteilung der Dinge fordern die freien Gewerkschaften in Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die einheitliche Arbeitsmarktorganisation. Aus der Natur ihrer Aufgaben folgt aber auch, daß ihre Gliederung von den eigenen Bedürfnissen und nicht von jenen der gemeindlichen Verwaltung bestimmt werden muß. Bereits das Arbeitsnachweisgesetz lehnt dem Grundgedanke nach den letzteren Zusammenhang ab. Was jetzt geschehen soll durch Schaffung der Reichsanstalt mit einem zweckvollen Unter- und Mittelbau ist nur die Konsequenz dieser Einsicht.

Die neuen Vorschläge des Städtetages und Landkreistages sollen nach den Erklärungen in München eine Neuorganisation in der Richtung bewirken, daß an Stelle der jetzt vorhandenen 900 öffentlichen Arbeitsnachweise zwei- bis dreihundert treten. Wir lassen dahingestellt sein, ob dieser Unterbau genügt; praktisch bedeutet dieser Vorschlag für eine Neuorganisation das Eingeständnis großer Mängel in der gegenwärtigen Organisation. Damit ist aber auch zugegeben, daß gar kein Zusammenhang mit der gemeindlichen Verwaltung möglich ist. Dennoch wird er hineinkonstruiert, scheinbar für alle Gemeinden, in Wirklichkeit nur für die großen Gemeinden. Deshalb kommt man zu der unmöglichen Forderung, die zwei- bis dreihundert Arbeitsämter nicht als Teile einer einheitlichen Arbeitsmarktorganisation, sondern jedes einzelne Arbeitsamt als Persönlichkeit des öffentlichen Rechts zu errichten. Organe des Arbeitsamtes sollen Verwaltungsausschüsse und Vorstand sein, die zu je einem Drittel aus Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Gemeinden bestehen. Den Vorsitzenden wählt dieser so zusammengesetzte Verwaltungsausschuss im Einvernehmen mit der Mehrheit der Vorstände der beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Einfluß des einzelnen Vorstandes einer Gemeinde wiederum soll sich nach Maßgabe eines Schlüssel (% Einwohnerzahl, % Zahl der Beschäftigten) richten. Damit ist die ganze Wahl des Vorsitzenden zu einer

Abrüstungskonferenz gegen Gaskrieg

Werden die Regierungen dem Gutachten folgen?

Genf, 25. April. (Ill.) Die Abrüstungskonferenz behandelte das Verbot des Gaskrieges. Es lag folgender von Belgien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien unterzeichneter Antrag vor:

„Die vertragschließenden Staaten untersagen jede Verwendung von Gasen, betäubenden und ähnlichen Gasen oder Flüssigkeiten und jeglicher bakteriologischer Mittel im Kriege. Sie verpflichten sich weiter, weder eine Einfuhr, noch eine Ausfuhr, noch eine Herstellung von chemischen und bakteriologischen Mitteln, die im Kriege verwendbar sind, in ihren Gebieten zuzulassen.“

Zu dem Antrag gab der deutsche Delegierte Graf Bernstorff eine längere Erklärung ab. Er wies darauf hin, daß er bereits im Mai vorigen Jahres in der vorbereitenden Abrüstungskommission die völlige Aufhebung des chemischen Krieges gefordert habe. Damals sei in der Kommission darauf hingewiesen worden, daß dieses unmöglich sei, da in einem zukünftigen Kriege jedem Staate alle Mittel, über die er verfüge, zu seiner Verteidigung überlassen werden müßten. Auf der privaten Waffenhandelskonferenz habe Deutschland sich bereit erklärt, ohne Vorbehalt jede internationale Regelung anzunehmen, die eine Beseitigung der chemischen Waffen zum Ziele habe. Diese Erklärung erneuerte er heute.

Graf Bernstorff beantragte eine Abänderung des vorliegenden Antrages in der Richtung, daß nicht nur die Verwendung von Gasmitteln im Kriege, sondern auch jede Vorbereitung in Friedenszeiten in der Konvention verboten sein soll.

In der Diskussion schlossen sich sämtliche Delegierte dem vorliegenden Antrag sowie dem deutschen Zusatzantrag an. Der amerikanische Delegierte machte hierbei den Vorbehalt der endgültigen Stellungnahme der amerikanischen Delegation in der zweiten Sitzung geltend. Der Antrag sowie der deutsche Zusatzantrag wurden sodann einstimmig angenommen.

Die abgelehnte „moralische Bilanz“.

Genf, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlauf der Beratung des gesamten Abrüstungs-Konventionsentwurfs, wie er aus der ersten Sitzung vorliegt, wurde auf polnischen Antrag beschlossen,

dem Texte noch eine sogenannte „moralische Bilanz“ für die Öffentlichkeit beizugeben, in der auf die großen Schwierigkeiten wegen des Zusammenhanges der Abrüstung mit den Fragen der Sicherheit und der Schiedsgerichtsbarkeit hingewiesen werden soll. Graf Bernstorff wollte der Beigabe dieser „moralischen Bilanz“ zwar sachlich nicht widersprechen, hob aber hervor, daß in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit vieles getan wurde, für die Abrüstung aber nicht; der Antrag sollte daher mehr nach einer Entschuldigung aus gemäß dem Sprichwort: Wer sich entschuldigt, klagt sich an! Diese Bemerkung hatte ihre gute Wirkung, indem der französische Vertreter die „moralische Bilanz“ seines polnischen Kollegen nur in der Form einer kurzen Einleitung beschränkte, welcher dann auch zugestimmt wurde.

Einheitsfront im Gewerkschaftskampf.

Die englischen Konsumgenossenschaften helfen finanziell.

London, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Die oberste leitende Körperschaft der fünf Millionen zählenden britischen Konsumgenossenschaften hat am Montag beschlossen, mit der Labour Party und den Gewerkschaften gemeinsam vorzugehen und den Kampf gegen das Gewerkschaftsgesetz aktiv zu unterstützen. Die Zentrale erklärt in einer Resolution, das Gesetz gefährde die Grundlage, auf welcher die britische Demokratie aufgebaut worden sei und verpflichte sich, den Gewerkschaften ihre großen materiellen Mittel für ihre Kampagne gegen den Gesetzesentwurf zur Verfügung zu stellen. Der Beschluß ist umso bemerkenswerter, als die Genossenschaften selbst während des Generalstreiks und des Kohlenkampfes nur zögernd und äußerst zurückhaltend der Gewerkschaftsbewegung beigegeben sind.

Fratte reduziert. Den Gemeinden genügt nicht einmal das Drittel der Beistitzer im Vorstand und Verwaltungsausschuss; ihre Vorstände, also nicht die Gemeindevertretung, müssen sich mit der getroffenen Wahl auch einverstanden erklären. Das wäre also die notwendige Verbindung mit der gemeindlichen Verwaltung, richtiger gesagt, mit den großen Gemeinden, denn das vorgelegene Schlüsselverfahren gibt ihnen das Übergewicht. Besser kann man nicht beweisen, daß kein Zusammenhang möglich ist. Ob man bereit ist, in diesem Ausmaß auch die Lastendeckung zu übernehmen, ist nicht einmal erwähnt worden; wahrscheinlich wird man das Bezahlen bereitwillig den Arbeitnehmern überlassen.

Die Vertreter des Städte- und Landkreistages haben viel über die unzulängliche Selbstverwaltung des neuen Regierungsentwurfs (Antrag Esser) gesprochen. Daß hier keine entscheidenden Schwächen sind, kann keinem Zweifel unterliegen. Weder die freien Gewerkschaften noch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion denken daran, sich mit diesen Schwächen abzufinden. Es war deshalb ganz falsch, so zu tun, als sei das der Fall. Welcher Einfluß den Versicherten, also den Arbeitnehmern gebührt, ist hier wiederholt dargestellt worden. Es genügt sicher nicht, einen vollkommenen technischen Apparat aufzubauen; sein soziales Funktionieren hängt von dem Maß der Selbstverwaltung durch die Versicherten ab.

Die kapitalistische Entwicklung wird durch das Monopol des Privateigentums an Produktionsmitteln bestimmt. Die wachsende Konzentration des Kapitals erfordert als unerlässliches Gegengewicht die Monopolisierung der Arbeitskraft nicht zuletzt durch die Organisation des Arbeitsmarktes unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten, damit soziale Einsicht und Borausicht immer mehr die Wirtschaftsentwicklung bestimmt.

Bürgerblock-Krakeel.

Westarp und Koch in der Maske der nationalen Opposition. — Maulkorb für Stresemann.

Die Deutschnationalen benutzen die parlamentarische Osterpause, um im Lande in gewohnter Weise „nationale Opposition“ zu martieren. In München gab Herr v. Kœnigsdell seine Sympathien mit dem Kahr-Kurs zum besten, in Bielefeld sprach Seite an Seite mit Herrn Hugenberg Herr Schiele über das nationale Schwein, in Essen Herr Koch und in Braunschweig Herr Westarp über die Außenpolitik.

Im Reichstag werden die Herren wieder erheblich zäher auftreten, einzuweilen aber sind noch Ferien von der Verantwortung und Tage der frisch-fröhlichen Demagogie. Die Demagogie der „nationalen Opposition“ spielt sich auf dem Rücken der Deutschen Volkspartei ab, und Herr Stresemann ist ihre Zielscheibe. Herr Koch, der Reichsverkehrsminister, hat in Essen mit Entzückung abgelehnt, daß die Deutschnationalen sich zur Politik Stresemanns gewandelt hätten:

„Der Vorwurf, die Deutschnationalen seien in ihrer Politik ungeschworen, ist richtig. Gegen die Verdrängungsverläufe der Linkspreße müsse festgestellt werden, daß die Deutschnationale Volkspartei auch heute noch keine Erfüllung- und Leistungsfrage stellt im Sinne der Demokratie treibe. Man habe lediglich mit den Tattachen der abgeschlossenen Vocanooperträge rechnen müssen. Zur Idee der Völkerverständigung und des Völkerrückens auf positivistischer Grundlage führte der Redner aus, handele es sich hier um eine Phantastie, da im Zustande der Wille zur Abstraktion keineswegs zu erkennen sei.“

Dem Reichsaußenminister werden die Haare zu Berge stehen. Aber noch mehr als vor dem Ministerkollegen Koch muß ihm vor dem Koalitionsfreund Westarp grauen. Der will ihm einen Maulkorb anlegen. In Braunschweig jagte Westarp:

„Die Deutschnationalen hätten zwar Vocorno und den Eintritt in den Völkerverbund als Grundlage der Außenpolitik anerkannt, aber

das Bekenntnis zur Monarchie würden sie weiter hochhalten. In Zukunft werde auch das Reichskabinett dem Minister Stresemann bestimmte Richtlinien nach Genf mitgeben, denn es müsse mehr Fühlung zwischen dem Außenminister und dem Reichskabinett gefordert werden.“

Immerhin, die Deutschnationalen arbeiten eifrig an der Verwirklichung der famosen Richtlinien. Herr v. Reudell sorgt für Personal zur Auslegung der Verfassung im deutschnationalen Sinne, Koch und Westarp drücken Stresemann an die Wand, daß er quietest und zertöppern außenpolitisches Material. Herr Marx sieht mit wohlwollender Duldung zu und Herr Stresemann übt sich im Umfallen in Reford-zeiten Bürgerblockzustände. Gilt es aber die sozialpolitische Reaktion, dann ist man einig, und so geht man der neuen Reichstagstagung entgegen, mit innerem Krakeel, aber gerüstet zu neuen Taten.

Alldeutsche Gloriole für den Stresemann-Müller.

Der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes hat eine Tagung in Göttingen abgehalten. Inhalt: Bekenntnis zu den alten Zielen, nationale Opposition, Verletzung der deutschnationalen Politik der Opportunität, Kampf gegen Stresemann.

Die Tagung begann mit einer Sympathieerklärung für den Blauener Rechtsanwalt Müller, der wegen Stresemann-Belästigung zu 10.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Der Bericht lautet:

„Der Vorsitzende begrüßte die Versammlung und entbot dem Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses Rechtsanwalt Dr. Arthur Müller aus Blauen besonderen Gruß, indem er sich unter lebhafter Zustimmung des Auftrags entließte, den der Ausschuss ihm erteilt hat, Dr. Müller den Dank des Alldeutschen Verbandes für seinen Kampf um die Reinheit und Reinigung des öffentlichen Lebens auszusprechen. Wir haben nicht zu unteruchen, ob das Blauener Gericht mit seinem Spruch wirklich Recht gesprochen hat, auch nicht, was im einzelnen das Ergebnis der Beweisaufnahme gewesen sei; für uns genügen die Feststellungen, daß ein deutscher Minister Beziehungen unterhalten hat, die mit den überlieferten Anschauungen unvereinbar seien. Das viel angeführte Wort Dr. Fr. Wülfers, „das Moralische verweist sich von selbst“, hat leider seine Geltung verloren — um so mehr müßten alle, die den deutschen Aufbau wollten, dafür eintreten, daß es wieder Wahrheit werde. In diesem Sinn würdige der Alldeutsche Verband den Kampf seines Freundes Dr. Müller und sei überzeugt, daß er sittlich recht gehandelt habe.“

Zum Alldeutschen Verband gehören mehrere deutschnationale Reichstagsabgeordnete — trotz der sittlichen Entrüstung und des „sittlichen Rechtes“ Koalitionsfreunde von Stresemann. Ebenso gute Koalitionsfreunde wie alle Deutschnationale, deren Hauptgeschäftsstelle das Material gegen ihn angekauft hatte. Es muß eine Freude sein, als Außenminister auf Wohlwollen und Duldung von solchen Freunden angewiesen zu sein!

Schiele und das „nationale“ Schwein.

Der Landbundesminister bekämpft einen deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Der Reichsernährungsminister Schiele setzt seinen Ehrgeiz darin, den Landbundesparteien in der Reichspolitik Geltung zu verschaffen. So trat er am Sonntag auf einer Wirtschaftstagung der Deutschnationalen für die Hochsuhzollpolitik ein und führte dazu aus:

Diese wirtschaftspolitischen Grundgedanken gewannen erhöhte Bedeutung im Hinblick auf den wirtschaftlich und national gefährdeten deutschen Osten. Dieser Osten mit seinen Siedlungsnotwendigkeiten könne nur lebensfähig sein, wenn die Grundlagen, die dem ostdeutschen Bauern und Siedler für seine wirtschaftliche Betätigung von der Natur zugewiesen seien, der Ausbau von Roggen und Kartoffeln, sowie die Schweinemast ihm soviel Rentabilität ließen, daß er sich auf seiner Scholle zu halten und den weiteren Bestand seiner Familie zu sichern vermöge. Das gelte in besonderem

Maße für das auf schwerem Posten kämpfende Ostpreußen. Diese, um ihr Deutschtum und um ihren Bestand schwer ringende Provinz müsse lebensfähig erhalten bleiben und dürfe unter keinen Umständen einem handelspolitischen Bedürfnis geopfert werden.

Niemand von den Gegnern der agrarischen Zollpolitik fällt es ein, den deutschen Osten „handelspolitischen Bedürfnissen zu opfern“. Die ganze Polemik Schieles ist nur darauf zugeschnitten, über den wahren Inhalt der Landbundespolitik hinwegzutäuschen, die darauf hinausläuft, die Abhängigkeiten der Industrie den agrarischen Zollinteressen zu opfern. Praktisch bedeutet daher die programmatifche Rede Schieles, daß sein Amt sich dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen widersetzen will, der nur mit Zugeständnissen auf agrarischem Gebiet zu erkauften ist. Ein Scheitern dieses Vertrages aber würde die Preisgabe wichtiger Produktionsinteressen der deutschen Industrie besonders im deutschen Osten darstellen.

Die deutschnationalen Minister wollen eben ganze Arbeit für die Großagrarier machen. Die Frage ist nur, was das übrige Reichskabinett dazu sagt.

Alldeutsche Abwehr.

Die Geschichte eines Theaterstandals.

Im Staatstheater wird demnächst Walter Frank die Rolle des Florian Geper spielen. Die „Deutsche Zeitung“ erhob dagegen vor einigen Tagen in einer Weiße Protest, die gewisser Winkelblättern würdig gewesen wäre. Außerhalb des Rahmens einer sachlichen Kritik wurden die schauspielerischen Fähigkeiten Franks angezweifelt. Die Umbesetzung der Rolle wurde gefordert. Das Stichwort Jude fiel.

Die „Deutsche Zeitung“ hat sich geäußert. Walter Frank ist kein Jude. Er stammt aus einer alten bayerischen Offiziersfamilie. „Vossische Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ stellen das fest. Frank ließ eine dementsprechende Richtigstellung an das Blatt alldeutscher Wohlständigkeit ergehen. Große Bestürzung bei der alldeutschen Wohlständigkeit. Entschuldigungs-gestammel. Ausreden. Andieherung-verfuche. Spalten-läng. Unter anderem:

Über, Walter Frank, die Erbitterung steht auf unserer Seite, die verzweiflungsvolle Abwehr gegnerischer Angriffe. Können Sie es uns bitte nicht mit peinlichen Erinnerungen. Können Sie es uns übernehmen, wenn wir zulehnen, wo wir Blößen entdecken? Es ist Rotwehr.

Das Blatt der alldeutschen Wohlständigkeit weiß, weshalb es die Richtigstellung Franks noch mehr in Aufregung versetzt als vorher die Aussicht, ihn im Staatstheater als Florian Geper zu sehen. Walter Frank ist schon einmal das Opfer alldeutscher Hege gewesen. Damals hat ihm der Schlag, den ihm einer der verheißten alldeutschen Fanatiker in heimtückischem Ueberfall versetzte, Nasebein und Auge versetzt.

Tätlicher Angriff auf Wehrlose, der verächtliche Versuch der Kollenabtreiber durch einen Theaterkritiker — das also nennt man im alldeutschen Sprachgebrauch „Rotwehr“, „verzweiflungsvolle Abwehr gegnerischer Angriffe“.

„Sind wir Gezeichnete?“, fragt der Kritiker, der für den Versuch der Kollenabtreiber verantwortlich ist. Er hat sich selbst, er hat das Blatt alldeutscher Wohlständigkeit, er hat die alldeutsche Wohlständigkeit gezeichnet. Alfred Rühr ist sein Name.

Deutschlands Vertretung in der Oberschlesienkommission. Da der bisherige deutsche Vertreter in der gemischten Kommission für Oberschlesien, Dr. Lutoschek, zum Bürgermeister in Hindenburg gewählt worden ist, hat die Reichsregierung an seiner Stelle den bisherigen Generaldirektor und früheren Landrat in Oberschlesien, Dr. von Houjen, ernannt.

Das badische Redeverbot gegen Hitler aufgehoben. Der badische Minister des Innern hob das im Juli 1925 gegen Adolf Hitler erlassene allgemeine Redeverbot auf und überließ den Bezirksamtern (Polizeidirektionen), etwa in einzelnen Fällen notwendige Verordnungen auf Grund des Polizeistrafgesetzbuches zu treffen.

Prügel als Schul-„Strafe“?

Von Paul Ostreich.

Der preussische Unterrichtsminister legt den Lehrerkollegen eine Anzahl Fragen über das Prüegeln in der Schule vor, um nach den Antworten Entschlüsse zu „fassen“, einen neuen Erlass hinauszugehen zu lassen. Dies Verfahren ist demokratisch und läßlich (man soll nur allenthalben auch die Elternschaft hören, wobei man allerdings nicht selten sein blaues Wunder erleben würde), aber es enthält seine Gefahren! Denn in der Amtsgeheimnisatmosphäre der Konferenzen regt sich bei solcher Gelegenheit gewaltig der Mut der eigentlich um ihre „Autorität“ Besorgten, und alle jene Unentschiedenen, die immer nur Angst vor der Verantwortung haben, lassen sich dann mitziehen zu dem beruhigenden Beschluß: Nur nichts ändern, uns nur nicht grundtätiglich das „Recht“ nehmen lassen. Auffällige durch Prügel zur Reize zu bringen!

So werden denn wohl allerorten jetzt wieder die beiden Typen das Wort führen: Der „Mannhafte“, der dem Kinde gegebenenfalls durch Prügel keine „Nebelzunge“ beweisen will und der (alttestamentarische) „Christ“, der sich als Gottes Vertreter auf Erden verpflichtet fühlt, die „unbotmäßige“ Jugend zu „schinden“ (als ob das Leben nicht von selber schon das Schinden übernehme). Beide sind, in der Nähe gesehen, gar nicht so schlimm, sie sind meist gar keine Mitosprünger, aber — die „geheiligten Brivolekten“! Sie sind nun einmal „Vorgelehrt“ der Schüler, wissen nichts, gar nichts von Tiefenpsychologie (worauf sie stolz sind) und behandeln die Jugend nach der „erprobten, alten, deutschen Art“. Diese Jugend fühlt sich dabei z. T. recht wohl, soweit in ihr das Ideal der „Strammheit“ lebt, und in der Wahl zwischen Prüegeln und anderen, dem Elternhause mitgeteilten, Strafen entscheidet sie sich oft für die körperliche Buße! Aber ist das das Entscheidende? Jeder moderne Psychologe weiß, was für grauenhafte kompensatorische Wirkungen hier durch Verdrängung sich einmischen können. Prüegeln darf nicht im System der Erziehung enthalten sein! Es gibt nichts Bequemeres als dieses Ausweg, den ein Elternhaus ohne elterliche, vorbildliche Selbstzucht oft geradezu vom Lehrer erbittet, ihn damit um Profos stempelnd! Elternhaus und Schule sollen positiv, in der Fürsorge, in der Aussprache, in der Beschäftigung, zusammenwirken, nicht in der „Krochenden“ Unterdrückung der Jugend! Das gibt keine Zukunftsbürger! — Der Minister für Volkserziehung soll die körperliche Züchtigung in der Schule generell verbieten! Eigentlich ist sie ja schon verboten, denn die Fälle, um die allenthalben der Jörn wogt, die des reaktiven Einwirkens gegen unerträgliche Stegeleien, die sind ja längst verpönt, so begreiflich gerade sie sind: Gemäß der amtlichen Vorschrift darf nur geächtet werden (mit dem Stod), wenn das Vergehen noch, nachdem der

Jörn verrückt ist, dessen würdig scheint und die Bestrafung voll ins Klassenbuch eingetragen werden, während Ohrfeigen überhaupt verboten sind.

Ich kann nichts Besseres zu der Frage sagen, als was ich schon 1922 in meinem Buche „Strafenstätt oder Lebensschule?“ (Braun, Karlsruhe, mit dem trefflichen Beitrag „Der Strafgeist“ von Georg Kerstensteiner) schrieb: „Es kann Situationen geben zwischen Lehrer und Schüler, wo die ganze Klasse den sofortigen Streich als rechte Antwort geradezu wünscht, es gibt Schüler, die von Hohn aus prügelnd oder verjogen sind und die systematisch den Lehrer reizt. Wer eine Entgeisterung in solchem Falle mit einer Hege beantwortet, begeht ein noch größeres Unrecht als der zuschlagende Lehrer! Und er saßt in solchem Falle nie einen wirklichen Menschenfeind! Es kann einer, der sich faul und feige am Katheder festhält, der sich hütet, je eine „Bestimmung“ zu „verlegen“, ein vielfacher Seelenmörder sein, der jahraus, jahrein junge Menschen niederdrückt, belüßelt, höhnt und hegt. Er stirbt mit allen Orden im Ehrenbreite, obgleich ihn Hohn und Wut der Kinder umgibt, und der andere, der seine Schüler liebt und den sie — mit allen seinen Fehlern — lieben, kann durch ein Kennenvergehen, das Schitane ausnützt, ein unglücklicher Mensch werden. Um den Einzelfall geht es also nicht! Erlangung einer neuen Geistigkeit, einer neuen Gewissenhaftigkeit, einer neuen Würde!... Heute wird wohl nur noch ein Zehntel soviel geprügelt wie vor 30 bis 40 Jahren, und es geht auch und nicht schlecht. Weshalb soll nicht in 30 bis 40 weiteren Jahren nur noch ein Zehntel soviel geprügelt werden können wie heute, ohne daß es schlechter, ja, damit es besser gebe? Die Moralität stellt sich unmerklich ein. Humanität und Verständnis im Einzelfall, aber Gewissensschärfung im ganzen (also Verbot des Prüegels überhaupt in der Schule)! Prügelt das Elternhaus weniger, so auch die Schule, wird der Lehrer weniger reiferungsängstlich und untertänig, so prügelt er noch weniger; weh er sich anders zu helfen, weil Schule und Leben sich ergänzen, so geht es wohl auch bei allen ohne Prügel! Das Ziel bleibt also die Heilighaltung auch der kindlichen Persönlichkeit. Die ist aber nur möglich unter Persönlichkeiten.“

Vielleicht liest der Herr Minister einmal wieder die Eingabe des „Bundes entschiedener Schulreformer“ zu den Schulstrafen vom 18. Februar 1922 durch! In ihr wird gefordert: Die körperliche Züchtigung ist in Unterricht und Erziehung als Verletzung aller Erziehungsgrundsätze verpönt. Und hoffentlich lautet sein nächster Erlass demgemäß, während er allen „berechtigten“ Bedenken dadurch entgegenkommt, daß er alle Kraft daran setzt, die Inflationsüberbürdung der Lehrer wieder zu beseitigen, die Klassenfrequenzen herabzusetzen, die Schulen im Sinne des Lebens und der Totalität grundtätig zu reformieren! Ohne das bleibt alle Wort-„Reform“ Irreführung des Volkes!

Die Arbeiten der Preussischen Landesbühne. Die Preussische Landesbühne kann, wie wir aus dem Kultusministerium erfahren, zurzeit noch nicht mit Sicherheit übersehen, welcher Betrag ihr für die Arbeiten in ihrem letzten Jahre zur Verfügung stehen wird. Von einem Voranschlag in Höhe von 1½ Millionen Mark sind im Hauptauschuß des preussischen Landtags nur 900.000 Mark übrig geblieben; ob bei der noch bevorstehenden Beratung im Finanzausschuß es gelingen wird, die Zustimmung des preussischen Finanzministers zu einer wenn auch geringen Erhöhung dieses Betrages zu finden, steht noch dahin.

Der Arbeitsplan umfaßt in Fortsetzung der bisherigen Tätigkeit an erster Stelle die Unterstützung der Wanderbühnen, von denen je sechs vom Verband der Volksbühnen und vom Bühnenvolksbund getragen werden, weitere drei oder vier als gemischte Organisationen unter Teilnahme von Volksbildungsverbänden und dergleichen bestehen; hierfür sollen etwa ein Viertel bis ein Drittel des zur Verfügung stehenden Gesamtbetrags aufgewandt werden. Weiterhin wird die Landesbühne fortfahren, gemeinsam mit Kommunen und gelegentlich auch mit Hilfe der beiden großen Besucherorganisationen kleinere Provinstheater, die bisher meist an künstlerisch wenig bedeutende Operettenunternehmungen verpachtet wurden, in leistungsfähige Schauspielbühnen umzuwandeln. Gut und zum Teil vorbildlich ist dies bereits in mehreren Städten, z. B. Potsdam, Remscheid, Bries, Reife, Kalidor, geschehen. In Lissa sind soeben die Grundlagen hierzu gelegt, und eine Reihe von weiteren Städten, wie Bielefeld, Götting, Brandenburg, stehen auf dem Programm. Schließlich soll auch die Unterstützung leitender Theaterbetriebe in größeren Provinzialstädten fortgesetzt werden, wobei, wie bisher, in erster Linie die kulturell bedrohten Grenzgebiete gestützt werden sollen; es kommen hier z. B. Bühnen wie Kiel, Königsberg, Stettin in Frage. Auch die Förderung künstlerisch bedeutender Jugendbühnen hat sich die Preussische Landesbühne an und für sich zur Aufgabe gemacht; es scheint jedoch fraglich, ob es gelingen wird, die hierfür erforderlichen Sondermittel in diesem Jahre bereits freizumachen.

Bühnenjubelium. Georg Baerle konnte gestern das Publikum einer dreijährigen Tätigkeit am Schiller-Theater begeben. Schon auf der Schule hatte er sich für die Bühne entschieden; im Schiller-Theater trat er zuerst auf und nun erobert er ihm bereits drei Jahrzehnte an — immer ein schillerer und beliebter Darsteller.

Der Berliner Schubert-Chor veranstaltet am 30. April, abends 8 Uhr, in der Billbarmonte ein Konzert. Zum Vortrag gelangen Kompositionen von Franz Schubert, Liszt, Grieg, Armin Lindbaug u. a. Als Solist tritt Leberecht Goebels (Kontaboch) mit.

Ja der Urania wird am 28., 29. und 30. April und am 1., 2., 3., 6., 7. und 8. Mai der Film zum Niendampfer „Columbus“ gezeigt. Kapitän O. Sredmann hält den Begleitvortrag dazu.

Neue Goethe-Briefe gefunden. In den Akten des geologischen Komitees in Leningrad ist eine Kopie mit zahlreichen Briefen Alexanders von Humboldt und bisher unbekannt eigenständigen Briefen und Gedichten Goethes gefunden worden. Die Briefe Goethes hat an seinen Freund, den Professor der Dechater Universität Götting, geschickt.

Die internationale Konferenz zur Erforschung der Tollwut ist auf Wroclawa der wissenschaftlichen Abteilung des Völkerverbundes in Paris im Anhalt Basteur zusammengetreten. Deutschland ist auf dieser Konferenz vertreten.

Regierung der Mitte in Thüringen!

Eine Ministerliste — aber eine Mehrheit?

Weimar, 25. April. (M.Z.) Die von den bürgerlichen Parteien zusammengestellte endgültige Ministerliste für Thüringen, die am Freitag, dem 29. d. M., dem Landtag zur Bestätigung vorgelegt werden wird, nennt Dr. h. c. Leutheusser (D. Sp.) für das Ministerpräsidium, Volksbildung und Justiz, Dr. Paulsen (Dem.) für Inneres und Wirtschaft, Dr. Toebe (D. Sp.) für Finanzen. Die Liste der Staatsräte liegt bis auf einen Namen, der von der Wirtschaftspartei noch genannt werden soll, ebenfalls vor, sie verzeichnet folgende Namen: Glöckner (Dem.), Krause (Sp.), Macke (Ld.), und Port (Ld.). Da die Demokraten die Ernennung des Abgeordneten Gerstenhauer zum Staatsrat abgelehnt haben, hat die Wirtschaftspartei auf ihn verzichtet.

Himmelsbach vor dem Zusammenbruch.

Nationalistische Hege und Boykott.

Lange Jahre hindurch war die Firma Himmelsbach, bekannt durch ihre Holzlieferungsverträge mit Frankreich und ihre Teilnahme an der Mologa-KonzeSSION, das Ziel einer wüsten nationalistischen Hege, die noch kürzlich in den angeblichen Wodplänen gegen den Bekleidungs-Feindbich wieder auflebte. Sie hat jetzt Stellung unter Geschäftsaufsicht beantragt, nachdem sich in ihrem Geschäftsabschluss für 1925 ein Verlust von 3 Millionen Mark, für 1926 ein Verlust von 6 Millionen Mark ergeben hat. Da seitdem weitere Verluste aus der russischen Mologa-KonzeSSION entstanden sind, ist ein Gesamtverlust von etwa 16,5 Millionen Mark zu verzeichnen. Mit anderen Worten: die Gesellschaft, die über ein Aktienkapital von fast 10 Millionen Mark verfügt, ist heute so gut wie zusammengebrochen, wenn es ihr nicht gelingt, einen größeren Teil ihrer Schadenersatzforderungen gegenüber dem Reich und den Ländern, die im November 1926 auf nicht weniger als 20,1 Millionen Mark beziffert wurden und seitdem noch weiter angestiegen sind, im Wege eines jetzt schwebenden Prozesses hereinzubekommen.

Diese Schadenersatzforderungen werden damit begründet, daß die Gesellschaft seit nunmehr etwa drei Jahren widerrechtlich vom Holzbezug aus den staatlichen Forsten ausgepöbert und gleichzeitig bei der Vergabe von Aufträgen der großen Betriebsverwaltungen boykottiert worden ist. Die Gründe, die die Länderregierungen Heffens, Bayerns und Preußens und verschiedene Reichsministerien (darunter auch bis vor kurzem das Reichswehrministerium) zu diesen Maßnahmen bewegen haben, sind nicht ohne weiteres klar zu erkennen. Seit Anfang 1924 wurde gegen die Himmelsbach-Gesellschaft, vor allem von Herrn Fernbach, der die Zeitschrift „Der Holzmarkt“ herausgibt, sowie von dem Münchener Forstwirtschaftler Professor Endres der Vorwurf erhoben, daß sie bei den von der französischen Besatzung vorgenommenen Abholzungen in den linksrheinischen und hessischen Staatsforsten aus bloßer Profitgier mitgewirkt habe. Diese Vorwürfe sind dann in verschiedenen Prozessen als anzutreffend erwiesen worden. Da in diesen Prozessen nun aber von den Klägern und ihrem Rechtsanwalt scharfe Worte gegen einige Regierungsstellen gefallen sind, die ursprünglich das Verhalten der Firma Himmelsbach gebilligt haben sollen, dann aber in die Vorwürfe gegen sie einstimmen, hat man sich weiterhin bei den betreffenden Regierungen auf den Standpunkt gestellt, daß die Beamten durch diese Ausführungen beleidigt worden seien. Unter diesem Vorwand wurde der Boykott aufrechterhalten. Als weiterhin die Himmelsbach-Gesellschaft sich zur Zurücknahme der Beleidigungen bereit erklärte, wurde in endlosen Verhandlungen von den Länderregierungen an sie das Ansuchen gestellt, sie solle auf Schadenersatzansprüche verzichten und erklären, daß überhaupt kein Boykott vorgelegen habe. In den letzten Verhandlungen hat man sogar darüber hinaus von der Firma gefordert, daß sie, unter Verzicht auf ihre Entschädigungsansprüche, die Prozesskosten tragen und in die Niedererschlagung der in der Berufungsinstanz anhängigen beiden Prozesse einwilligen solle. Eine besondere Rolle erhalten die Bergleischverhandlungen dadurch, daß die Klage der Gebrüder Himmelsbach seinerzeit von dem jetzigen Reichswirtschaftsminister Curtius in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt aufgestellt wurde, während er jetzt als Reichswirtschaftsminister zu den Beklagten gehört.

Das Interesse der Öffentlichkeit für den „Fall“ Himmelsbach richtet sich weniger auf die Schadenersatzforderungen der Gesellschaft, die jetzt gerichtlich ausgetragen werden sollen, sondern vielmehr darauf, ob es, wie die Firma behauptet, tatsächlich möglich war, daß die Ministerialbürokratie der Geheimräte wider Recht und besseres Wissen einen Boykott gegen die Firma durchgeführt hat, nur um sich in den Genuß einer endlichen Rechtsfertigung der früher zu Unrecht erhobenen Vorwürfe zu setzen. Daß diese Vorwürfe, die Firma habe durch ihre Geschäftspolitik Landesverrat getrieben, zu Unrecht erhoben sind, kann in der Tat nicht bezweifelt werden.

Agrarische Steuerscheu.

Zahlen aus dem Kreise Goldberg-Hannau.

Einige deutschnationale Landtagsabgeordnete glaubten sich über die rückstichlose Steuerpolitik des Landrats Sauglich vom Kreise Goldberg-Hannau entrüsten zu müssen. Der preussische Innenminister begünstigt sich damit, den entrüsteten Herren die Liste der Steuererleichterung zu unterbreiten. Aus ihr ist zu entnehmen:

Im Rechnungsjahr 1926 wurden für insgesamt rund 74 000 M. Steuern Stundung nachgelassen; hieron wurden rund 64 000 M. Steuerschulden — d. h. 87 1/2 Proz. — bis in das nächste Steuerjahr gestundet. Außerdem sind von rund 14 000 M. Grunderwerb- und Grundstückszubehörsteuern rund 8600 M. gleich rund 61 Proz. erlassen worden. Ferner wurden am Abbruch des Rechnungsjahres 1925 im ganzen rund 106 000 M. gestundete Grunderwerb-, Grundstückszubehör-, Hunde-, Jagd- und Schankkonzessionssteuern als Rest in das Rechnungsjahr 1926 übernommen. Die erhobenen Vorwürfe entbehren also jeglicher Begründung.

Diese Liste muß jeden Steuerzahler, der nicht das Glück hat, zu den „natelidenden“ Großagrariern zu gehören, mit größter Empörung erfüllen. Man weiß seit den amtlichen Veröffentlichungen über die organisierte Steuerjagd des Landbundes, daß die Steuerdrückbergerei der Großagrariere die schlimmsten Erwartungen übertrifft. Es liegt kein Grund vor, diesem schamlosen Treiben auch noch amtlich Vorschub zu leisten. Die ehrlichen Steuerzahler dürfen deshalb erwarten, daß der deutschnationale Rippenstoß genügt, um im Kreise Goldberg-Hannau mit der bisherigen Steuerklammer gründlich aufzuräumen.

Der Staatsgerichtshof tagt geheim!

Die Öffentlichkeit ausgeschlossen bei der Verhandlung über die Beziehungen des Wiking zur Marinestation Kiel.

E. K. Leipzig, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) War schon die Verlesung des heftigen Materials ein schwerer Schlag für die Wiking-Partei, so wird die Verlesung der kürzlich in Schmalteden bei der aufgelösten, aber weiter bestehenden Ortsgruppe gefundenen Schriftstücke zu einer Katastrophe für sie.

Unter diesen Schriftstücken ist zunächst zu erwähnen

ein Rundschreiben Ehrhardts,

in dem er zwar die Beteiligung an den Wahlen empfiehlt, aber immer nur mit Rücksicht auf die weiteren Ziele des Wiking. Es heißt in dem Rundschreiben beispielsweise:

„Wenn wir das Parlament nicht durch sich selbst überwinden, so können wir es erst recht nicht von außen her überwinden. Erst wenn uns das gelingt, in das Parlament zu kommen, dann sind wir auch in der Lage, von außen her den Parlamentarismus zu überwinden. Dann wird man in der Lage sein, jede Möglichkeit zu benutzen. Ob diese Möglichkeit kommen wird, wissen wir noch nicht, wir wissen nur, daß die Wahlen kommen werden.“

Noch weit kompromittierender noch sind die Verpflichtungsartikel, die alle Mitglieder unterschreiben mußten. Wir geben einen Auszug:

„Streng vertraulich zu behandeln! Geheim!“

1. Ich verpflichte mich zu unbedingtem Schweigen über jede Angelegenheit, die meinem Führer, meiner Organisation oder meinem Kameraden Schaden einbringen könnte.

Ich weiß, daß mich jede bedachte oder unbedachte Aeußerung zum Verräter an meinem Führer und an meinen Kameraden machen und daß Verrat nur nach altem germanischen Recht geahndet werden kann.

2. Ich verpflichte mich zu unwandelbarer Treue gegen meinen Führer... ich weiß, daß ich meinen eigenen Ehrenschuld belege, wenn ich die Ehre meines Führers und meines Bundes nicht zu verteidigen weiß.

3. Ich verpflichte mich zu bedingungslosem Gehorsam gegen die Befehle meiner Vorgesetzten, soweit sie nicht gegen die Ehre eines deutschen Soldaten verstoßen. Ich weiß, daß nur auf der Grundlage bedingungslosen Gehorsams eine eiserne Disziplin durchzuführen ist... und daß Justizlosigkeit das Ende jeder kriegsbrauchbaren Truppe ist.

4. Ich verpflichte mich, mit meinen Kameraden treueste Kameradschaft zu halten, und zwar eine, die nicht in einer Stammesbrüderschaft ihren Ausdruck findet oder nur in Worten besteht, sondern die bereit ist, mit den anderen Kameraden Freud und Leid zu teilen und in Fällen der Gefahr bis zur Aufopferung des eigenen Lebens für ihn einzutreten.

5. Ich verpflichte mich, für die Ziele des Bundes in jeder Weise einzutreten und mich, wo es auch sei, zu unserer deutschen Sache zu bekennen.

6. Ich verpflichte mich, in allen meinen Handlungen, auch innerhalb meines Privatlebens, allein den Standpunkt der Ehrenhaftigkeit gelten zu lassen... Ich weiß, daß, wenn ich gegen einen der Punkte verstoße, ich als Verräter meiner Kameraden, die Ehre des Bundes zu tragen. Daher ist es auch für mich unmöglich, mit einem Manne, der als Feigling, Verräter oder Vortrüglicher ausgesprochen wurde, noch zu verkehren oder ihn einen Kameraden zu nennen. Und so verpflichte ich mich, nicht eher zu ruhen, als bis ein solcher der gerechten Strafe zugeführt ist.“

Der sonst so bereite Verteidiger Bloch vermag gegen dieses Dokument nur einzuwenden, daß diese Verpflichtungsartikel — die notabene in Schmalteden von 15 Mitgliedern unterschrieben wurden — jetzt nicht mehr in Kraft seien, sondern durch neue, mildere ersetzt seien, die er verliest. Außerdem sei unter „Abwendung des Verrates nach altem, germanischem Recht“ nur der gesellschaftliche Boykott zu verstehen (vergleiche Klapproth).

Höfles Staatssekretär über Barmat-Kredite.

Vernehmung Sautters im Barmat-Prozess.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung wurde Staatssekretär Sautter vom Postministerium als Zeuge gehört. Er schilderte, daß am 16. Oktober ein Schreiben der Girozentrale eingegangen sei, aus dem hervorging, daß durch die Einwilligung des Ministers Höfle der 10-Millionen-Kredit der Girozentrale auf die Reichspost übernommen worden sei. Er, der Zeuge, sowie Ministerialrat Linsmann und Ministerialrat Klauke, hätten von dieser Vereinbarung gar nichts gewußt. Er war furchtbar aufgeregt über diesen Vorgang und hatte den Eindruck, als ob der Minister die Sachlage nicht voll und ganz überblickt hätte und machte dem Minister Vorhaltungen. Vorliegender: Haben Sie in der Handlungsweise des Ministers irgend etwas Strafbares erblickt und gesagt, Sie würden es der Staatsanwaltschaft übergeben, wenn es nicht in Ordnung gebracht würde? Zeuge: Das ist nicht bei dieser Gelegenheit gesagt worden, sondern diesen Ausdruck habe ich später gegenüber meinem Referenten gebraucht, als sich Barmat immer den Bepredungen entzog. Staatssekretär Sautter betonte dann nochmals, daß er bei der Unterredung mit dem Minister furchtbar aufgeregt gewesen sei, so daß er die Worte nicht auf die Waagschale gelegt habe. Auch Minister Höfle sei so aufgeregt gewesen, daß er das Fenster geöffnet und nach Luft geschnappt habe. Ich sagte ihm auch u. a.: Herr Minister, das kann Ihnen unter Umständen auch den Posten kosten und außerdem hätten Sie auch zivilrechtlich mit Ihrer Handlung, Vorliegender: Haben Sie den Minister nicht gefragt, warum er das eigentlich gemacht hat? Zeuge: Der Minister sagte: Ich habe es gemacht und zwar aus volkswirtschaftlichen und sozialen Rücksichten. Wenn Barmat nicht das Geld bekommen hätte, so hätten 15 000 bis 18 000 Arbeiter entlassen werden müssen. Für mich, als Beamten, war dieser Standpunkt nicht recht maßgebend, denn um Arbeiterentlassungen zu verhindern, sind ja andere Reichsstellen da. Der Minister sagte aber, daß er als Parlamentarier die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte ganz anders werten müsse. Staatssekretär Sautter betonte dann weiter, daß im Laufe der Bepredung Henry Barmat gemeldet worden sei. Henry Barmat wollte von der ganzen Angelegenheit nichts wissen und sagte, daß ihn das nichts angehe, da er das Geld ja schon bekommen habe. Henry Barmat habe aber einen Wechsel von 500 000 Mark zur Diskontierung vorgelegt. Ich erklärte ihm, von der Post bekomme er keinen Groschen mehr. Dr. Höfle ging dann ans Telephon und setzte sich mit zwei Firmen in Verbindung, die er fragte, ob sie den Wechsel Barmats in Zahlung nehmen wollten. Eine Bank ging auch darauf ein. Vorliegender: Vor dem Untersuchungsausschuß haben Sie sich etwas präzisier ausgebräuht. Staatssekretär Sautter bestreitet, daß er die verlesenen Aussagen gemacht habe. Ich wußte bisher nicht, daß Barmat schon vor meiner Unterredung mit Minister Höfle anwesend war und im Nebenzimmer gewartet hat. Es ist auch völlig unmöglich, daß ich gesagt habe, der 10-Millionen-Kredit würde in Ordnung gehen. Das habe ich ganz und gar

So enthält das Schmaltedener Material noch eine Fülle interessanter Dokumente. Eine ellenlange Besichtigungsreise an einer Nachüberlegung, die einen vollständig militärischen Zufchnitt trägt.

Nach dieser Materialverlesung, die auf alle Teilnehmer erschütternd wirkt, folgt noch ein kleines Zwischenpiel. Der Zeuge Referendar Friedrich hatte in der Bornnittagsitzung behauptet, daß ihm bei seiner Vernehmung durch Assessor Schmidt von diesem gesagt worden sei (es handelt sich um die Kieler Vorgänge), es solle ein Druck auf die Reichswehr ausgeübt werden. Friedrich beruft sich auf seine Skizzen über die Vernehmung, Assessor Schmidt und ein Kriminalkommissar, die das Verhör leiteten, bestritten unter ihrem Eid, daß etwas Derartiges dem Sinne oder Wortlaut nach gesagt worden sei. Referendar Friedrich muß zugeben, daß er das Wort „Druck“ nicht aufrechterhalten könne und daß kein angelegliches Protokoll erst zwei Tage nach der Vernehmung von ihm angefertigt worden ist.

Nun tritt endlich das Gericht in die Prüfung der Frage ein, ob eine nichtöffentliche, geheime Sitzung über gewisse Dinge stattfinden solle. Es handelt sich um zwei Komplexe: erstens um das Material in dem Verfahren gegen Justizrat Eich von Altschuldenverband. Hierzu liegt ein Schreiben des Oberreichsanwalts vor, der im Interesse des schwebenden Verfahrens um geheime Verhandlung bittet, zweitens handelt es sich um die Beziehungen zwischen dem Wiking und der Reichsmarine (Kieler Vorgänge), bei denen nach der Ansicht Niedrners wegen Gefährdung der Staatssicherheit Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen müßte.

Der Senat verhandelte bereits über die Frage, ob die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden solle, in nichtöffentlicher Sitzung. Dem Vernehmen nach sollen in dieser Sitzung die Vertreter der preussischen Staatsregierung für Verhandlung in voller Öffentlichkeit eingetreten sein, während die Verteidigung Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit gestellt hat.

Ausschluß der Öffentlichkeit.

Nach mehr als einstündiger Beratung verkündete Senatspräsident Niedner den Beschluß des Gerichtshofes, der dahin geht, für die Erörterung der Beziehungen zwischen der Kieler Wiking-Organisation und der dortigen Marinestation die Öffentlichkeit auszuschließen. Die nichtöffentliche Sitzung wird am Dienstag um 9 Uhr beginnen. Als einziger Zeuge ist der Referendar Friedrich zu der nichtöffentlichen Sitzung geladen.

Der Staatsgerichtshof hat sich also nicht dazu ausschlagen können, das Beispiel nachzuahmen, das im letzten Temeprozeß die Siegerkammer gegeben hat. In Berlin hat man volle Öffentlichkeit wolle lassen und — siehe da, der Staat hat keinen Schaden, sondern nur Nutzen von dem öffentlichen Verfahren gehabt. Wir sind überzeugt, daß das Staatswohl auch in diesem Prozeß nicht darunter gelitten hätte, wenn endlich über die Beziehungen zwischen Reichswehr und Kampferverbände im Jahre 1923 reifliche Klarheit geschaffen worden wäre. Wir glauben im Gegenteil, daß der Beschluß auf Ausschluß der Öffentlichkeit geeignet ist, das Staatswohl ganz erheblich zu gefährden.

Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß es sich hier weniger um den Schutz des Staates, als um den Schutz des Reichswehrministeriums handelt. Für dieses und namentlich für Herrn Gehler ist es allerdings eine außerordentlich blamable Tatsache, daß in der Zeit der höchsten Staatsgefährdung leitende Stellen der Reichsmarine zusammen mit den Verhörcrern von D. C. und Wiking Verhandlungen gepflogen haben, deren Zweck nach der Aussage des Zeugen Friedrich nicht anders sein konnte, als die Befestigung der Verfassung und die Errichtung einer verfassungswidrigen Diktatur. Eines Tages werden diese Dinge doch der Öffentlichkeit im vollen Umfange bekannt sein.

nicht gelogt, sondern das Gegenteil. Ich habe mich auch Herrn Henry Barmat gegenüber stets ablehnend verhalten. Henry Barmat betonte dann weiter, er hätte nicht, für den Fall, daß keine weiteren Mittel gegeben würden, von der Geschäftsaufsicht gesprochen, sondern nur davon, daß Betriebe eingestellt und Arbeiter entlassen werden müßten. Vorliegender (zu Henry Barmat): So, wie Sie es schildern, war es ja eine ganz gemüthliche Unterredung? Henry Barmat (gleichgültig): Ich sah jedenfalls keine Aufregung.

Ministerialrat Klauke, der sodann als Zeuge gehört wurde, bestätigte die Aussagen des Staatssekretärs Sautter vollkommen. Der Staatssekretär habe auch Henry Barmat stark die Meinung gesagt, er aber sei sehr lädi und absolut gefühllos gewesen und habe einen unglücklichen Eindruck gemacht, während Minister Höfle offensichtlich infolge der Aufregung Herzschwächen gehabt und nach Luft geschnappt habe. Henry Barmat sagte dann noch aus, daß bei seiner Bepredung auch Ministerialrat Linsmann anwesend gewesen sei, und erklärte zur Bekräftigung seiner Aussage: Wenn ich schwören dürfte, so könnte ich meine Aussage auch beschwören. Ministerialrat Linsmann erklärte dagegen, daß er bei dieser Unterredung am 17. Oktober nicht anwesend gewesen sei, sondern bei einer Bepredung war, die am 24. Oktober, also zu einem späteren Termin, stattgefunden hat.

Wahlergebnisse in Australien.

In vier Staaten von sechs regiert die Arbeiterschaft.

Die Parlamentswahlen, die vor kurzem in mehreren Staaten von Australien stattgefunden haben, sind nun abgeschlossen und die Ergebnisse bekannt. In Neu-Süd-Wales, Queensland und Tasmanien, in denen die Arbeiterpartei schon vor den Wahlen an der Macht war, hat sie ihre Majorität ohne wesentliche Änderungen behalten; in Süd-Australien war die Arbeiterpartei ebenfalls an der Macht gewesen, bei diesen Wahlen wurde sie aber von einer kleinen Majorität geschlagen und ist nun in der Opposition. Im Staat West-Australien hat die Arbeiterpartei den Sieg errungen, sie steht mit 27 Mandaten den 23 Mandaten der Opposition gegenüber. In Victoria fanden die allgemeinen Wahlen zum erstenmal mit Wahlpflicht statt. Mit 28 Sitzen ist hier die Labourparty zur stärksten Partei geworden, jedoch ohne die Majorität zu erlangen.

Tschiangkaihschek läßt hinrichten.

Der Kantonstreik niedergeschlagen.

London, 25. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Kanton gemeldet worden ist, haben die Anhänger Tschiangkaihscheks den dortigen Streik gebrochen; 12 Führer und 7 weitere Personen der Kuomintang sind hingerichtet worden.

Bürgerblock gegen Arbeitslose.

Abbau der Erwerbslosenfürsorge.

Trotz aller Warnungen der Gewerkschaften hat der Reichsarbeitsminister mit Wirkung vom 1. Mai an angeordnet, daß die Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge für das Spinnstoffgewerbe, das Veredlungsgewerbe und die Gärtnerei auf 26 Wochen herabgesetzt wird. Der Minister begründet diesen Abbau in der Erwerbslosenfürsorge mit dem Hinweis, daß bei diesen Gewerben von einem ungünstigen Arbeitsmarkt keine Rede mehr sein könne. In seinem Rundschreiben an die obersten Landesbehörden weist er darauf hin, daß auch in anderen Berufen der Arbeitsmarkt sich günstig entwickelt habe und deshalb auch dort zu prüfen sei, ob eine Ausdehnung der normalen Höchstdauer der Unterstützung noch gerechtfertigt ist. Der Reichsarbeitsminister bezeichnet als solche Berufe insbesondere das Baugewerbe (!) mit seinen Hilfsbetrieben und die Baustoffherstellung. Der Minister ermuntert also noch die obersten Landesbehörden, seinem schlechten Beispiel nachzueifern und von der Ermächtigung, die Höchstdauer für bestimmte Bezirke herabzusetzen, Gebrauch zu machen.

Das Vorgehen des Reichsarbeitsministers ist einfach unerschöpflich. Sind die Arbeitslosen etwa weniger bedürftig, weil ihre Zahl geringer ist? Aber die Erwerbslosenfürsorge soll, noch bevor der Reichstag wieder beisammen ist und seinen Einfluß geltend machen kann, Hals über Kopf abgebaut werden. Auch die eindringlichen Warnungen der christlichen Gewerkschaften haben nichts gefruchtet. Ein neues Zeichen dafür, daß die christlichen Gewerkschaften im Bürgerblock nur das fünfte Rad am Wagen sind. Der neue sozialreaktionäre Kurs zeigt sich in dem Vorgehen gegen die Arbeitslosen in seiner ganzen Schönheit. Bei dem überstürzten Vorgehen des Reichsarbeitsministeriums, bei dem Mangel jeglicher Schonfrist sind Härten gegenüber den Unterstügten unvermeidlich. Aber was kümmert das diese Reichsregierung!

Der Rahmenvertrag in der Metallindustrie.

Mühselige Verhandlungen.

Gestern nachmittag begann in den Räumen des Verbandes Berliner Metallindustrieller die Verhandlung über den Neuabschluss des Rahmenvertrag, der vom Metallarbeiterverband am 31. März gekündigt und bei den Verhandlungen über die Erhöhung der Transportarbeiterlöhne bis zum 1. Mai verlängert worden war.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die vom Metallarbeiterverband geforderte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 46 1/2 Stunden, die Urlaubsfrage, die Mitwirkung der Betriebsvertretung bei der Festsetzung von Löhnen, die Festsetzung des Löhrenzuschlages und die Einlegung von Baulen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die im fließenden Arbeitsprozess beschäftigt sind.

In der Frage der Arbeitszeit erklärten die Unternehmer, daß ihre Verkürzung für sie nicht in Frage komme, sie seien aber bereit, in anderen Fragen Konzessionen zu machen. Sie erklärten sich u. a. zu Zugeständnissen bereit in der Frage des Löhrenzuschlages. Diese Vorschläge sind aber derart, daß die Aussicht auf eine friedliche Verständigung nur sehr gering ist. Besonders in der Frage der Mitwirkung der Betriebsvertretung bei der Festsetzung der Löhnerstunden sind ihre Zugeständnisse so unzureichend, daß sie für die Organisation einfach unannehmbar sein müssen. Dergleichen machten sie in der Frage der Löhnerstundenbezahlung ebenfalls völlig ungenügende Zugeständnisse. Zu keinerlei Zugeständnissen waren die Unternehmer aber zu bewegen bezüglich der Einlegung von Baulen bei Arbeiten im fließenden Arbeitsprozess.

Trotzdem zu merken war, daß die Berliner Metallindustriellen zu erkennen beginnen, daß vornehmlich in der Löhnerstundenfrage eine andere Regelung getroffen werden muß, scheint es aber nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen unwahrscheinlich, daß man zu einem Abschluß in freier Verhandlung kommen wird. Trotz stundenlanger Beratungen war ein Abschluß der Verhandlungen nicht zu erzielen, so daß diese auf nächsten Montag vertagt werden mußten. Sowie schon jetzt gesagt werden kann, daß an eine Verständigung kaum zu denken ist, wenn die Unterhändler des Verbandes Berliner Metallindustrieller sich in den nächsten Verhandlungen nicht zu bedeutend weitergehenden Zugeständnissen bereit erklären.

Streik im norddeutschen Wollkonzern.

12 000 Arbeiter im Kampf.

Zwischen den Belegschaften und der Leitung des Norddeutschen Wollkonzerns, der etwa 12 000 Arbeiter beschäftigt, bestand schon seit Jahren ein scharfer Gegensatz. Er hat jetzt zum offenen Kampf geführt. Nach der Stabilisierung ging die Konzernleitung in fast allen Betrieben gegenüber der Arbeiterschaft herausfordernd und selbstherrlich vor. Prämienregime wurden eingeführt, über die man der Belegschaft keinen Aufschluß gab. Ueber die gesetzlichen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und über die Tarifverträge setzte man sich mit nichtsagenden Erklärungen hinweg. Obwohl die Betriebe Mitglieder von Unternehmerverbänden waren und blieben, erklärte man kurz und bündig, daß die Betriebe aus der Tarifhoheit ausscheiden. Verfahren vor den gesetzlichen Schlichtungs-

instanzen wurden sabotiert, gefälschte Schiedssprüche wurden nicht anerkannt und selbst rechtsverbindlich erklärte Schiedssprüche brachte man nicht zur Durchführung. Die Arbeiterschaft mußte eine Reihe von Prozessen führen, um die ihr zustehenden künftigen Rechte zu sichern.

Alles das mußte ganz natürlich im Laufe der Zeit die Empörung der in den Konzernbetrieben beschäftigten Arbeiter ungeheuer steigern. Was lange voranzusehen war, ist jetzt eingetreten: Die drei großen Betriebe in Hamburg, die Betriebe in Langensalza, Eisenach, Leipzig und der Hauptbetrieb in Delmenhorst haben die Arbeit eingestellt. Der Rest der Betriebe wird in den kommenden Tagen ebenfalls die Arbeit einstellen. So wird

Achtung, SPD.-Holzarbeiter!

Mittwoch, abends 7 Uhr, in den Residenzfestsälen, Landsberger Str. 31, wichtige Versammlung aller SPD.-Genossen. Es müssen alle Parteigenossen, insbesondere die Generalversammlungsbelegierten anwesend sein. Der Werbeausschuß

die Volkswirtschaft durch einige kurzfristige Führer des Konzerns, deren ganzes Sinnen und Trachten in den letzten Jahren der offene Tarifbruch war, geschädigt. Schon heute macht sich im Gera-Greizler Bezirk ein Mangel an Garnen stark bemerkbar. In verschiedenen Webereien wurde bereits angekündigt, daß die Arbeitszeit auf fünf Tage verkürzt werden muß, wenn die Differenzen im Norddeutschen Wollkonzern weiter andauern.

Zum Textilarbeiterkampf in Ostfriesland.

Unstimmigkeiten im Unternehmerlager.

Bauhen, 25. April. (W.B.) Der Tarifkampf in der ostfriesischen Textilindustrie beginnt sich bereits in größerem Umfange auszuwirken. Im Reugerdorfer Textilbezirk und im Industriebezirk sind bisher gegen 8000 Kündigungen erfolgt. Einige Textilfirmen haben sich mit ihren Belegschaften über die strittigen Fragen geeinigt und kommen daher für einen Streik nicht mehr in Frage. Im Bauhener Bezirk sind bisher keine Kündigungen erfolgt. Insbesondere wird in der Baugener Tuchfabrik und in den Kirchauer Fabriken ruhig weitergearbeitet. In Kirchau fand am Sonntag eine Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre und der Betriebsratsmitglieder statt, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Welche Beschlüsse hier gefaßt worden sind, steht noch nicht fest. Im Nördertal in der Gegend von Pulsnit, wo namentlich die Bandweberei zu Hause ist, haben die Belegschaften von etwa 20 Betrieben gekündigt. In Ramenz werden etwa sechs Betriebe betroffen. Dennoch sind noch nicht alle Verhandlungen erschöpft, und man darf hoffen, daß dieser schwere Kampf der deutschen Wirtschaft noch erpart bleibt.

Hierzu wird vom Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostfriesens E. B. mitgeteilt, daß bisher im gesamten Tarifgebiet nur 3000 (?) Kündigungen von der Arbeiterschaft erfolgt sind. Eine Löbauer Firma hat sich mit ihrer Belegschaft über die strittigen Fragen geeinigt. Außerdem handelt es sich überhaupt bei der ostfriesischen Textilindustrie nicht um eine Lohnbewegung, sondern um die allgemeinen Arbeitsbedingungen, die im Rahmenvertrag festgelegt sind.

Dresden, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Einige Unternehmer haben bereits mit ihren Arbeitern Sonderverträge abgeschlossen, so z. B. die Firma Bernhardt in Zittau, die über 1000 Arbeiter beschäftigt und die in der Alford- und Urlaubsfrage die Arbeiterforderungen restlos bewilligt hat. Der Arbeitgeberverband für die Textilindustrie Ostfriesens hat eine Mitgliederversammlung einberufen, in der die Lage besprochen werden soll. Ein Teil der Unternehmer, dem der Ausbruch des Kampfes sehr unangenehm wäre, droht bereits mit dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband.

In Berlin findet eine Beiratssitzung des Textilarbeiterverbandes statt, in der über die Lage verhandelt wird.

Tarifvereinbarung in der Puhbranche.

Auswirkungen der Indifferenz.

Vom Deutschen Hutarbeiterverband, Drissverwaltung Berlin, wird uns geschrieben:

Die niedrigen Löhne in der Puhindustrie veranlaßten den Deutschen Hutarbeiterverband, die für die Puhindustrie bestehenden Tarife zu kündigen. Daraufhin haben Verhandlungen stattgefunden, bei denen es gelungen ist, wesentliche Erhöhungen der Tarife zu erzielen.

Leider müssen wir immer wieder feststellen, daß viel zu viele Puhmacherinnen glauben, ohne den Verband auskommen zu können. Dieser Umstand hat natürlich zu unbilligen Verhältnissen geführt. Niedriger Lohn und lange Arbeitszeit sind das Ergebnis dieser falschen Einstellung. Nicht nur unzählige Löhnerstunden in den Betrieben, nein auch abends werden noch große Pakete zur Heimarbeit mitgenommen. Die Heimarbeit in der Puhindustrie ist überhaupt ein besonderes Kapitel.

Alle diese Dinge könnten sich keineswegs so auswirken, wenn die Arbeiterschaft mehr auf ihre Angehörigen, die in der Puhindustrie beschäftigt sind, achten würde. Wir wenden uns deshalb mit der Bitte an die Berliner Arbeiterschaft, uns in diesem schweren Kampf

zu unterstützen. Führt eure Angehörigen dem Verband zu, erst dann wird es gelingen, geordnete Verhältnisse zu schaffen!

Am Freitag abends 8 Uhr findet in den Residenzfestsälen, Landsberger Str. 31, eine Versammlung statt, wo über die neuen Verhandlungen berichtet wird, gleichfalls sind die neuen Tarife in der Versammlung zu haben. Weitere Auskunft erteilt der Deutsche Hutarbeiterverband, Berlin, Engelauer 24/25, Aufg. C, Stfl. IV, Tel.: Moritzplatz 11500/510. Alle Tage von 9 bis 1 Uhr und Montags außerdem von 4 bis 8 Uhr abends.

Panzer sperrt auch die Schlosser aus.

Die Autoreparaturschlosser der Firma Panzer, Badstraße, befinden sich im Abwehrkampf. Die Ursache dazu ist die unbegründete Entlassung eines Kollegen, bei der man von der Betriebsleitung die Gründe an den Haaren herbeigezogen hatte. Als die gesamte Belegschaft zu einer von dem zuständigen Meister genehmigten Versammlung ging, um Stellung zu dieser Entlassung zu nehmen, wurde die Belegschaft fristlos entlassen. Verhandlungen mit dem Betriebsrat, oder einer Kommission der Aussperrten, sowie mit dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes lehnte die Firma Panzer ab.

Da in diesem Betrieb die Kraftfahrer im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen stehen, kann sich die Firma Panzer diesen Herrenstandpunkt ihren Werkstatthelfern gegenüber leisten. Der Deutsche Metallarbeiterverband wird aber alles tun, um die Interessen der Belegschaft mit Entschlossenheit zu vertreten.

Zimmerer! Die Baugesellschaft Süd-Ost, G. m. b. H., Treptow, Jüngstraße 9, führt in derselben Straße einen größeren Neubau aus. Die Zimmerarbeiten sind dem ehemaligen Gemüchhändler Josef Kolodziej, Reutölln, Kaiser-Friedrich-Str. 99/100, übertragen. Dieser Herr hat zwei Kameraden, darunter den Vertrauensmann, gemahregelt. Kameraden, die Baustelle Jüngstraße und die Arbeit auf dem Holzplatz Böhling, Briß, Marienhalper Straße, wo Kolodziej den Dachstuhl herstellt, sind gesperrt! Lebt Solidarität mit den Streikenden! Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Die Gemeinnützige Baugesellschaft Berlin-Ost m. b. H., alleinige Gesellschafter: Stadt Berlin, Berlin-Johannisthal, Am Königsplatz, welche ebenfalls in den Bezirken Treptow, Reutölln, Lichterfelde und Köpenick Wohnhäuser errichtet, bittet uns mitzuteilen, daß sie mit der in Nr. 190 der Morgenausgabe vom 23. April 1927 genannten Baugesellschaft, Berlin Süd-Ost, Berlin-Treptow, Jüngstraße 9, nicht identisch ist. Bei den Bauten der Gemeinnützigen Baugesellschaft Berlin Ost m. b. H., Berlin-Johannisthal, Königsplatz 1, werden die mit den Gewerkschaften vereinbarten Tariflöhne gezahlt und die Tarifbestimmungen strikte innegehalten.

Verband der Maler, Bauhen, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25 (Seal 4), Mitgliederversammlung. Beschlussnahme zu den Lohnverhandlungen des Haupttarifmittels. Anträge zum Verhandlungstag in Nürnberg. Da der Bericht über die Verhandlungen im Haupttarifmittels sowie auch das Ergebnis der Tarifverhandlungen besprochen werden sollen, muß jeder Kollege in diese Versammlung kommen. Der Vorstand.

Deutscher Hutarbeiterverband, Freitag 8 Uhr findet in den Residenzfestsälen, Landsberger Str. 31, unsere Jubiläumsvorstellung statt, wozu wir alle in der Hutindustrie Beschäftigten herzlich einladen. Der Gefangenverein hat seine Mitwirkung zugesagt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Zimmerer! Mittwoch, 7 Uhr, findet im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96, eine große Funktionskonferenz statt. Alle Hilfsbetriebsfunktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute müssen unbedingt erscheinen; es wird Bericht erlassen von den zentralen Lohnverhandlungen. Bitte sind willkommen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Freie Gewerkschaftsjugend, Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Frankfurter Allee: Gruppenheim Stadt, Jugendheim Pflauser Str. 18, part. Zimmer 3. Amerikanischer Distrikt: Welt Rhythmus. — Landsberger Platz: Gruppenheim Diehlenerstr. 3. — Freigrunder-Abend. — Röhlsberg: Gruppenheim Jugendheim Dörfstr. 22. Vortrag: „Praxispunkte in der Weltpolitik“ (China, Mexiko, Portugal). — Treptow: Gruppenheim Schulz Widenbruchstr. 3-54 (Hortzimmer). Vortrag: „Unsere Stellung in den anderen proletarischen Jugendorganisationen.“ — Briß: Gruppenheim Chaussee, Ecke Hanneemannstraße. Vortrag: „Der 1. Mai.“ — Spandau: Jugendheim Lindenufer 1. Zusammenkunft. — Oberschöneweide: Jugendheim Niederhörscheweide. Freizeit- und Sportabend. — Gesundbrunnen: Jugendheim Parkring, Ecke Graunstraße, Zimmer 4. Wohnungsabend unserer Einziger. — Wedding: Jugendheim Pflauser Str., Ecke Senfstr. Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ — Hellersdorf: Jugendheim Charlottenburg, Erzstraße. Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Gewerkschaft und Arbeiterkampf.“

Jugendabteilung des Deutschen Verkehrsverbandes: Jugendheim Engelauer 24-25, Aufgang B, part. „April - April.“

herausgegeben demüht bei:

	<p>Rheuma, Gicht, Ischias, Influenza u. a. Erkältungskrankheiten.</p>
<p>Nerven- und Kopfschmerzen, Grippe,</p>	

Bei fortwährender Behädigung sind innerhalb 6 Wochen mehr als 1000 Gutachten allein aus Arztkreisen einbezogen, darunter von namhaften Professoren und aus ersten Kliniken. — Togal hilft bei Schmerzen und schiedet die Darmflora aus. Keine schädlichen Nebenwirkungen. Fragen Sie Ihren Arzt! In allen Apotheken. Preis D.M. 1.40. U.S.A. 2.40. China 7.42. Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schorn; Redaktion: R. S. Fischer; Lokales und Sonstiges: Friz Karst; Anzeigen: Ed. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Broschdruckerei und Verlagsanstalt Hermann-Brosch u. Co., Berlin SW 68. Lindenstraße 3. Hieran 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



Die neue leichte
 Mischung, nur aus Tabaken der neuesten Ernte, frisch manipuliert, gibt unserer

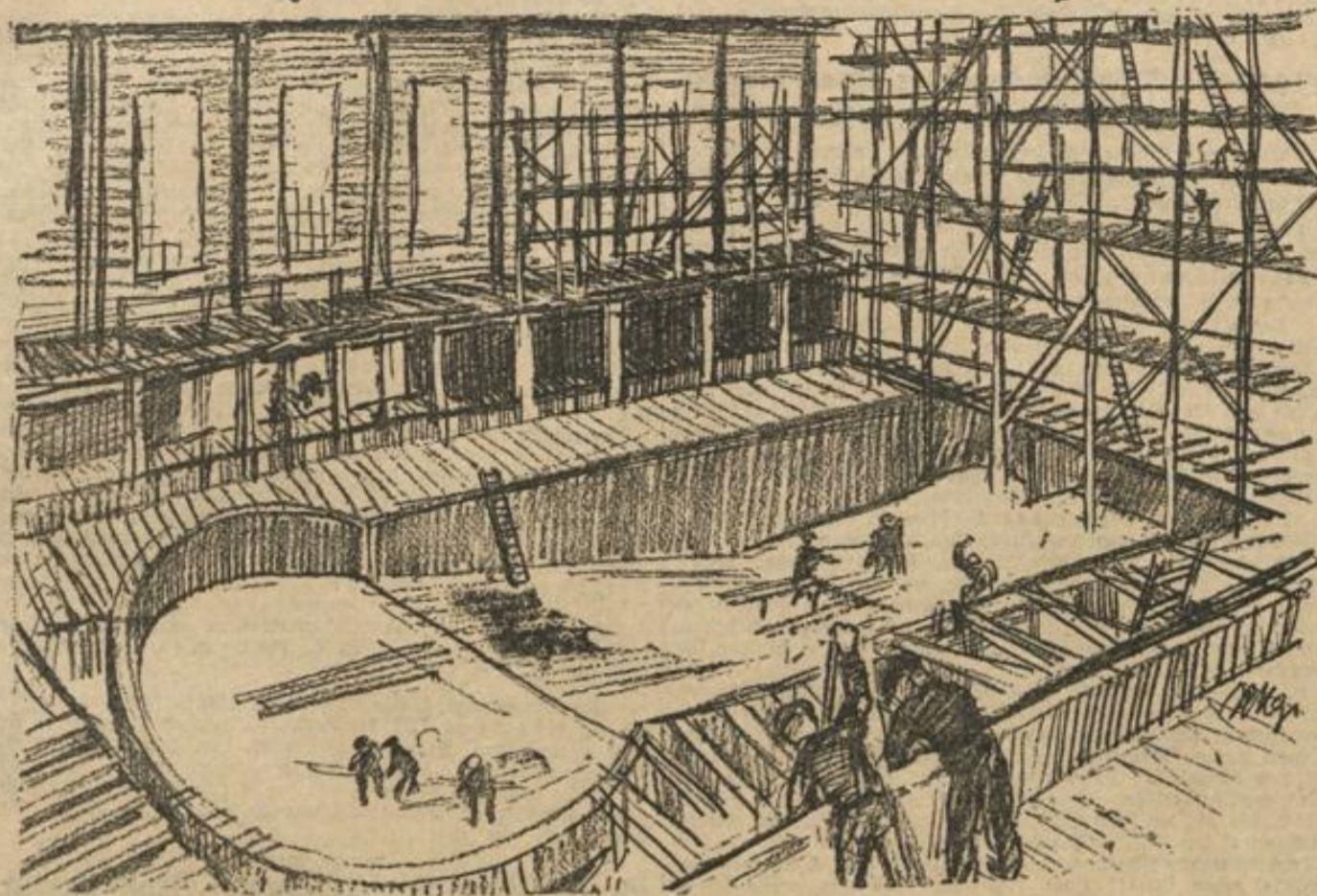
GOLD-SABA-4

köstliches Aroma, bekömmliche Qualität und glatten weißen Brand

„Nur ein auf unser Garbátybau!“

GARBÁTY

Das Familienbad im Lunapark.



Das Untertauchen in kühnende Gewässer, verbunden mit medizischem „Badeleben“, rangiert zweifellos unter die sommerlichen Vergnügen und wird an heißen Tagen und schwülen Abenden den bisherigen üblichen Vergnügungsparkebelustigungen bestimmt den Rang ablaufen. Noch ist der stolze Bau, der in seiner wuchtigen Größe die größte Schwimmhalle Europas repräsentieren soll, nicht beendet; aber man sieht immerhin bereits ein Riesebassin, das 600 Personen gleichzeitig Platz bieten soll, zwei große Terrassen, für 2000 Personen berechnet, und am Dach wird sich ein großes Sonnenbad etablieren. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden badenden Massen soll das Wasser nach einem neuartigen Verfahren dauernd gereinigt, entkeimt und bakterienfrei gemacht werden. Die Halle hat eine Durchschnittshöhe von 20 Meter, bei einer Grundfläche von 34 × 52 Meter. Eine 6 Meter hohe Glaswand umläuft alle vier Wandseiten, die durch schmale Pfeiler aus Eisenkonstruktion in einzelne Fenster geteilt sind. Die Decke hat ein 700 Quadratmeter großes Fenster, so daß der Licht- und Luftzutritt keine Schranken gesetzt sind. Die Halle kann nach allen Seiten geöffnet und bei schlechtem Wetter mittels Hebeltrieb sofort verschlossen werden. Künstliche Meereswellen vervollkommen den „Seebad-Erfaß“, für Schwimmsportler sind alle nötigen Apparaturen vorhanden, Masseure und Friseur für Schönheitsbedürfnisse.

Der übrige Teil des Vergnügungsparks bekommt ein Sudanenland unter der Regie von John Hagenbeck, eine elektrisch betriebene Autorennbahn, dem amerikanischen „Coney-Island“ entlehnt, und andere einschlägige Reueiten von drüben; die Berg- und Talbahn wurde ins klassische Altertum verlegt und führt dieses Jahr über die Akropolis ohne Umsteigen nach Halensee! Feuerwerk, Fontaine, Pantomime, Musik, tausend Luna-Girls und andere Vorführungen ergänzen den Unterhaltungskomplex. Am 1. Mai soll's losgehen. Monats- und Saisonkarten zum Preise von 5 M. bzw. 12 M., ein Freitaffel für Nachmittagsbesucher,

sollen dem Publikum zeigen, daß vor allem Wert darauf gelegt wurde, weiteren Kreisen der Bevölkerung den Besuch zu ermöglichen.

Fährbootunglück bei Potsdam.

Ein 66 Jahre alter Arbeiter ertrunken. — Erfolgreiche Wiederbelebensversuche an sechs weiteren Personen.

Ein schweres Bootsunglück ereignete sich gestern nachmittag kurz nach 4 Uhr in der Nähe der Halbinsel Tornow bei Potsdam. Auf der Halbinsel befindet sich die Holzbearbeitungsfabrik von Gebrüder Dreher. Um den hier beschäftigten Arbeitern den Weg von und zu der Arbeitsstelle abzukürzen, stehen vier große Ruderboote zur Verfügung, die je etwa zehn bis zwölf Personen fassen. Sie werden auch Tag aus, Tag ein benutzt, weil der Weg zum Bahnhof quer über die Halbinsel eine ¼ Stunde in Anspruch nimmt, während mit dem Boot die Stadt Potsdam in fünfzehn Minuten zu erreichen ist.

Nachdem am Montag nachmittag um 4 Uhr Feierabend gemacht worden war, bestiegen etwa achtzehn Arbeiter das nur für zwölf Fahrgäste berechnete Boot, um sich überzusetzen. Kurz vorher war eine heftige Regenbö niedergegangen und das Wasser der Havel war noch stark bewegt. Infolge der Ueberlastung war der Bootsbord nur etwa fünf Zentimeter von dem Wasserspiegel entfernt. Einige belassene Leute, die um weniger Minuten willen nicht ihr Leben aufs Spiel setzen wollten, sahen das Unheil kommen und verlangten, daß die Kollegen zurück kehren und die überzähligen Personen an Land legen sollten. Der verständige Rot fand aber leider bei den anderen kein Gehör. Die Fahrt wurde fortgesetzt. Das befürchtete Unglück kam nur allzu bald. In der Mitte des

Stroms schlugen die hochgehenden Wellen in das Boot und brachten es zum Kentern. Die gellenden Hilferufe der mit dem eifigen Wasser kämpfenden alarmierten die ganze Gegend. Vom Fabrikgelände aus hatten zurückbleibende Angestellte das Fahrzeug mit Sorge beobachtet und unter Führung des Besitzers Dreher machten sie sofort die drei anderen Boote los und ruderten der Unglücksstelle entgegen. Zu gleicher Zeit eilte der Reichswasserschutz, der seinen Posten am alten Stadtkanal hat, mit zwei Motor- und zwei Ruderbooten zur Hilfeleistung herbei. Den vereinten Bemühungen gelang es, den größten Teil der Verunglückten, die schon halb erstarrt waren, zu retten. Bei sechs Personen mußten Wiederbelebensversuche angestellt werden, die von Erfolg waren. Sie wurden zur Nachbehandlung in das Potsdamer Krankenhaus gebracht. Die übrigen eilten in ihren nassen Kleidern, so rasch sie konnten, nach Hause, ohne auf Zurück zu hören. Soweit bisher festgestellt werden konnte, scheint die Fahrlässigkeit aber doch ein Todesopfer gefordert zu haben, da die Zahl der Geretteten nicht mit der Zahl der ursprünglichen Fahrgäste übereinstimmt. Daß sie schwimmend hätten das Ufer erreichen können, ist kaum zu hoffen. Erst eine genaue Nachfrage in den Wohnungen wird hier Klarheit bringen.

Wie wir in später Abendstunde erfahren, gelang es dem Reichswasserschutz die Leiche des 66 Jahre alten Tischlers Frh Schlot aus der Moltkestr. 54 zu Potsdam zu bergen. Bei Einbruch der Dunkelheit mußten die Nachforschungen aufgegeben werden. Es wird als sicher angenommen, daß das Unglück keine weiteren Opfer gefordert hat.

„Schulrektoren.“

Was sie einst verwarfen, Loben sie jetzt.

Es herrscht Freude im Himmel über jeden Sünder, der Buße tut, so heißt es in der Schrift. Wie die Dinge heute liegen, überrascht es immer am meisten, wenn man ausgerechnet beim „Berliner Lokal-Anzeiger“ des Herrn Hugenberg Buchfertigkeit findet. Und doch lesen wir in der „Weiten Welt“, der illustrierten Sonntagsbeilage des „Scherl-Blattes“, einen Artikel „Schulrektoren“, der uns diese seitene Ueberraffung gewährt. Zwei Bilder sieht man da nebeneinander, unter dem einen steht: „Wie es früher war: Spaziergang in den Pausen in strengster Ordnung“, und daneben bemerkt man auf einem Bilde tollende Kinder und die Unterschrift: „Und wie es heute ist: Den Schülern jede Freiheit!“ Im Text aber findet man gar diese interessanten Eröffnungen:

„Unser modernes Schulwesen wird nicht nur auf die Bildung des Verstandes eingestellt; die Besonderhaltung der kleinen Menschen, vielmehr sogar erst die Erziehung zur Körperpflege und -übung ist heute eine ebenso wichtige Aufgabe der Schule geworden. . . . Die plötzliche körperliche und geistige Pändlung nötigt das Kind zu einer starken Anspannung seiner Kräfte, die wohl zu gesundheitlicher Schädigung führen könnte, wenn nicht der Kampf gegen die überhäufigen „Schulkrankheiten“ heute von Anfang an zielbewußt aufgenommen würde. Für Kurzsichtigkeit, Rückgratverkrümmung und Blutarbeit darf man heute die Schule nicht mehr verantwortlich machen. Delle, lustige Schulzimmer, Bänke, in denen man bequem sitzen und gerade aufstehen kann, verständliches Auftreten der Lehrer auf gute Haltung beim Lesen und Schreiben sind in fast allen Schulen selbstverständlich geworden. Kurzstunden, sonnige Schulhöfe mit wirklicher Bewegungsfreiheit, Schulspaziergänge und Unterricht im Freien bringen die Kinder auch während der Schultunden mit Luft und Sonne in Berührung. Vor allem hat die moderne Turn- und Spielstunde eine ganz andere Bedeutung für die gesundheitliche Erziehung als früher. Das zeigt schon ihre Stellung im Lehrplan und als Prüfungsfach.“

Bravo, bravissimo! Wir stimmen der Verfasserin dieses schönen Artikels, Dr. med. Edith v. Pöhlhoffel, vollinhaltlich zu. Aber wir stellen die bescheidene Frage: Seit wann haben sich denn die Verhältnisse geändert, seit wann gönnt man „den Schülern jede Freiheit“? Paßt nicht auf die Gymnasien und Volksschulen in der Zeit des glorreichen Wilhelmismus das Bild: „Wie es früher war: Spaziergang in den Pausen in strengster Ordnung“? Sind nicht alle die Neuerungen, die vom „Lokal-Anzeiger“ mit so lautem Rande gerühmt werden, Erzeugnisse der fff - Republik?

Sei dem, wie ihm wolle: Wie freuen uns herzlich, wenn auch die Hugenberger ausnahmsweise Anwandlungen von Einsicht bekommen.

Sif.

Das Weib, das den Nord beging.

Roman von Frh Red-Mallezewen.

Dieser Tag beginnt insofern unglücklich, als in einer der unten noch zu erwähnenden Arrestzellen des Hauses noch vor dem Wecken die gestern eingelieferte Peggy Strater einen hysterischen Anfall bekommt, bei dem sie hemmungslos zu schreien beginnt. Dann ergibt eine Inspektion der Zelle, daß die Injanz in diesem Anfall wie ein junger Hund mit den Zähnen ihre Bettdecke zerplücht hat . . . vollkommen rätselhaft, wie es diese kleine zarte Person zustande gebracht hat, mit der Decke, dem Laten, mit allem fertig zu werden, was das Haus der „Confederation of good works“ an Mobiliar für diese Zelle aufwendet.

Dann ist durch das Getöse endlich die Wärterin Mary Herbergerufen worden, dann wird man persönlich für den Inventarverlust verantwortlich gemacht, dann wird man schließlich aufgefordert, den mitgeführten Kohrstock der Wärterin Mary zu einer Züchtigung von Peggy Strater zu benützen. Da die kleine Sif nun zwar alle bisherigen Beschimpfungen stumm hat über sich ergehen lassen, da sie aber unbegreiflicherweise diesen doch eindeutig gegebenen Befehl der Oberchwester Mary mit einem finsternen Gesicht und passivem Widerstand erwidert, so wird ihr eröffnet, daß sie schon längst des Einverständnisses mit den weiblichen Insassen dieses Hauses verdächtig sei, daß sie einen falschen Bah habe, daß sie selbst nichts anderes als eine gemeine Straßendirne sei, daß man mit ihr aber fertig werden werde . . .

Da man ohne die geringsten Zeichen ernstlicher Besserung von sich zu geben bei seinem finsternen, trohigen Gesicht verbarrt, so geschieht es plötzlich hier in Arrestzelle Nr. IV, daß die Oberchwester und Steppenstute Mary der kleinen Sif aus voller Kraft einen Kohrstock über das Gesicht zieht . . . über jenes Gesicht, das der Kunstmaler Robby zum Vorwurf einer Madonna in Blau und Gold benützt hat. —

Es hat einen tiefen Stirnriß gegeben, und zunächst geschieht es wohl, daß sie, halb blind vor Schmerz und Blut, nach dem Stock greift, ihn zerbricht, daß sie schließlich den pferdeähnlichen alten Satan bei den Haaren zu fassen bekommt. Da aber nun einmal die physische Kraft alter

Steppenstuten der von blaugoldenen Madonnen gemeinhin überlegen ist, so wird sie sehr rasch überwältigt, wird, während Peggy Strater diesen Teil der Szene mit einem befreienden hysterischen Gelächter begleitet, angespien, mit den Füßen getreten, auf das allergeringste verprügelt und schließlich schließlich hinkend und mit einem eigentlich als verwüstet anzusprechenden Gesicht aus dem Raum. —

Nicht etwa, daß man von diesem Ereignisse sonderliche Notiz nähme: ach nein, man ist ja so abgestumpft, man ist ja längst ein klein fühllos Stückchen Rot geworden . . .

Da nun aber einmal in diesem Tage der Teufel seine Hand hat, so geschieht es, als sie zwei Stunden später in der Office des Manager Hobson ein Verzeichnis derjenigen Gegenstände zusammenstellt, die dem Hause der „Confederation of good works“ von mildtätiger Hand zu Weihnachten überwiesen sind . . . vier Paar zerrissener Schuhe, Wolljacken, drei gebundene Exemplare von Reverend Parkers „Goldenen Himmelspfeilen für den Gebrauch im Hause“, zehn Pfund abgesechnittene Zigarettenspitzen und ein verbogenes Papageienbauer . . . ja, da geschieht es, daß sie in dieser Arbeit unterbrochen wird von einem Besuch, bei dem sie ausspringt vor Entsetzen, das Tintensäß über den Bericht mildtätiger Gaben gießt und an dem Eintretenden vorüber zur Tür hinaus in ihr Zimmer rennt. Der da in der Office des Manager Hobson erschienen ist, ist der Schmallsippige.

In ihrem Zimmer schleicht sie sich an die Wand, legt das Ohr an den Türspalt. Kann nicht genug Englisch, um jedes Wort der zwischen Hobson und dem Fremden geführten Unterhaltung zu verstehen, kann ab und zu einen Brocken nur erwischen, stöhnt nach den ersten Sätzen schon auf in hilflosem Entsetzen: ihr Name ist es, der da nebenan ausgesprochen worden ist . . . nicht Anita Thesiger, nicht der, den die apokryphe Sekretärin eines apokryphen Hochstaplers trug . . . es ist ihr alter, sauberer, vertrauter Name, der dort genannt worden ist!

Ah, was weiß sie, das kleine verängstigte Ding, zur Stunde von den nach Berlin übermittelten Fragen der argentinischen Polizei nach der Identität jenes jungen Frauenzimmers, das an dem und dem Oktobertage in der Gesellschaft des Agostino Gomez, alias Obersten Miramon im Eggehothel gesehen sein müsse? Was weiß sie davon, daß gerade dieses von Barmixer, Empfangsdeh, Portier, weiß Gott von wem beachtete Tanzen in den Aktien der Berliner Polizei als die letzte Spur einer seither Vermissten figuriert? Was weiß

sie davon, daß zur Stunde die im Oktober verschwundene Kunstmalerfrau Sif Brudner in diesen Akten keineswegs . . .

Kein, es ist nicht meine Mission, den Ereignissen vorzugreifen durch Angabe dessen, was zur Stunde in den heute mir vorliegenden Akten der Kunstmalerfrau Sif Brudner nicht enthalten ist. Nicht meine Aufgabe ist es, darzulegen, waswegen in dieser Stunde, in der der Schmallsippige mit Ismael P. Hobson unterhandelt, warum es die kleine Sif ein einziges Wort kosten würde, um zu Robby zurückzukehren . . . nicht meine Sache, zu untersuchen, warum es ihr verjagt bleibt, dieses Wort — ihren richtigen Christennamen — auszusprechen, nicht meine Sache, zu fragen, weswegen solch dunkles Gesicht über den Wegen schuldloser armer Menschenkinder waltet . . .

Alles Weitere verfinst ihr in einem Nebel von Angst. Da liegt sie auf ihrem Bett, gräbt die Nägel in ihr Fleisch, flüstert vergeblich die Worte, die sie schon einmal in einer anderen Stunde ohne wesentlichen Nutzen gesprochen hat . . . wolle es nicht tun, wolle es nicht, wolle es ja nicht . . .

Und nach drei Tagen ist Weihnachten in Deutschland, und zu Weihnachten wollte man mit Robby . . .

Barmherziger Gott, was wollte man denn mit Robby?

Was hat man denn getan, daß man gepeinigt wurde von einer Schuld zur anderen, von einer Schmutzpfütze in die andere? Die weißen Wände ringsum wissen es nicht, die Tafel mit dem Puritanergeböt, sich rein zu halten außen und innen, weiß es auch nicht. Und ebensowenig mag es über dieser satanischen Stadt der weihagühende Himmel wissen oder die verkrüppelten Vancheros auf dem Kai, die jener selbe Gott dorthingestellt hat, daß sie einen räubigen Kötter mit einem Fußtritt ins Wasser befördern, einer schwarzen Wäscherin eine neu erfundene Zole nachrufen und in der Nacht hinter den Jäunen der Jola Raciel ihrem Segner das trumme Messer in den Unterleib rennen.

Hund, Schinder, Folternecht . . .

Daß die kleine Sif derjenigen Instanz, die, wie gesagt, oft einigermaßen dunkel über den Menschenwegen waltet, in dieser Not mit harten Worten ihr lebhaftes Mißfallen ausspricht, ändert an dem Gange der Ereignisse insofern nichts, als sie nach ein paar Minuten von der alten Mary in die Office geschleppt wird. Da steht sie nun allein drei Feinden gegenüber, hört wie damals in der Berliner Marienkirche bis in den Hals hinauf ihr armes wehes Herz schlagen, weiß, daß es ein Befehl geben wird auf Leben und Tod. —

(Fortsetzung folgt.)

Verteuerung der Gefrierfleischinfuhr!

Ein „mäßiger“ Zoll. — Handel und Landwirtschaft eine Front.

Die lange schwebende und immer wieder hinausgeschobene Diskussion über das Gefrierfleischkontingent ist im Reichsernährungsministerium wieder aufgenommen worden; zugleich mit der geplanten Erhöhung des Zuckersolls (von der Senkung der Zucksteuer ist keine Rede). Handelskreise, in diesem Falle die Metzger, bekämpfen das mit der Kontingentierung verknüpfte strengere Verteilungssystem für Gefrierfleisch und fordern statt der kontingentierten, zollfreien Einfuhr einen „mäßigen“ Zoll. Wie gemeldet wird, lautet dieser mäßige Zoll auf 10 bis 20 Mark pro Doppelzentner. Von interessierten landwirtschaftlichen Kreisen ist der Ball aufgenommen worden, der ihnen von den Metzgeren zugeworfen wurde. Wir erhalten zur Frage folgende Zuschrift:

Vor zwei Jahren war es gelungen, die zollfreie Einfuhr einer bestimmten Jahresmenge von Gefrierfleisch für die minderbemittelte Bevölkerung zu erreichen. Nach vielen Streitereien wurde schließlich das

Kontingent auf 10 000 Tonnen monatlich

festgesetzt und schlecht und recht verteilt. Die Landwirtschaft verfolgte die ganze Entwicklung von Anfang an mit scheelen Augen. Je näher der Termin rückte, mit dem das damalige Zollprovisorium ablief, desto eifriger wurde die agrarische Presse in der Bekämpfung dieser Maßregel. Der Kernpunkt ihrer Angriffsmethode war natürlich stets dieselbe Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft mit Leichtigkeit den ganzen deutschen Fleischbedarf decken könne, wenn sie nur durch hohe Zölle genügend geschützt würde, wenn also Vieh und Fleisch gehörig verteuert würden. Die Drabzähler wußten natürlich, daß die schönsten Zölle nichts nützen, wenn die breiten Massen das teure Fleisch nicht mehr bezahlen können. Aber es braucht ja nur klärtig daraus los behauptet zu werden. So leicht konnten die Leser ja nicht nachprüfen, wie es

in Wirklichkeit mit unserer Fleischproduktion bestellt

war. Daß die hohen Zölle für Vieh und Fleisch, die man der Landwirtschaft als Ausgleich für das zollfreie Gefrierfleischkontingent (beiläufig nur 4 Proz. unseres ganzen Fleischverbrauchs) vor zwei Jahren bewilligte, nicht hindern konnten, daß unser Rindviehbestand sich nicht gehoben, sondern um 0,04 Proz. gesunken ist, der Schafbestand um 14 Proz., der der Ziegen um 8,4 Proz. gegen 1925 zurückgegangen ist und nur die Schweine um 20 Proz. zugenommen haben (nur durch vermehrte Einfuhr ausländischer Futtermittel). Daß unser Rindviehbestand gegen 1913 noch um 7 Proz., der Schafbestand noch um 18 Proz. und der Schweinebestand noch um 14 Proz. im Rückstande ist. Daß unsere Landwirtschaft sich in der Rinderhaltung auf die produktivere Milchviehhaltung umgestellt und erreicht hat, daß wir den letzten Friedensbestand an Rülben bereits um 1 Proz. — im gleichen Reichsgebiet — überschritten haben. Daß diese höchst erfreuliche Entwicklung aber andererseits bei der engen Abhängigkeit unserer Rinderhaltung von der heimischen Futtermittelzeugung notwendigerweise mit einem Stillstande oder gar einem Rückgange unserer Rindfleischherzeugung verbunden ist. Daß

dieser Ausfall nicht ohne weiteres durch Erhöhung der Schweinefleischherzeugung gedeckt werden kann, weil einerseits gesteigerte Nachfrage bei dem Ausfall der russischen Gefrierfleischinfuhr die Preise steigert, damit die Produktionskosten in die Höhe treibt, steigendes Angebot an Schweinen aber wieder die Preise — wie jetzt — brüht und wiederum die Reigung zur Schweinemast verringert. Daß endlich der starke Rückgang unserer Schafproduktion nach seiner bisherigen Entwicklung so bald keine solche Aenderung erfahren wird, daß unsere Fleischherzeugung davon irgendwie günstig beeinflusst wird. Das alles wissen die führenden Leute der Landwirtschaft. Der Kampf gegen das Gefrierfleisch ist ihnen schließlich nichts anderes als eine politische Geste ihren Wählermassen gegenüber.

Da kommt ihnen jetzt plötzlich

von den Metzgern unerwartete Hilfe.

Und weshalb? Nach dem Gesetz sollen die Gemeinden das wenige Gefrierfleisch zum Selbstkostenpreise oder mit einem mäßigen Aufschlag den Verbrauchern zuführen. Nichtbräuchlicher Verwendung soll durch scharfe Kontrolle vorgebeugt werden. Das alles riecht nach Zwangswirtschaft und paßt den Leuten nicht; denn daß bei richtiger Durchführung des Gesetzes nur eine sehr beschränkte Zahl von Verkaufsstellen mit zuverlässigen Inhabern und vorzugsweise in den Proletariatsvierteln der Großstädte zugelassen werden dürfte, war ebenso klar, wie es selbstverständlich war, daß an dem Betrieb der geringen Menge von 4 Proz. unserer ganzen Fleischversorgung nicht alle Metzger beteiligt werden konnten. Folge: Großes Gefühl der Nichtbeteiligten über gewaltige Verdienste der Importeure und des Großhandels. Forderung sofortiger Aufhebung der korumpierenden Kontingentwirtschaft und völlige Freigabe der Einfuhr und des Betriebes von Gefrierfleisch unter mäßiger Zollbelastung — mit dem Wunsche im Hintergrunde natürlich, daß es dann schon gelingen würde, die Nachfrage nach Gefrierfleisch durch eifriges Andieten auch da zu steigern, wo ein wirkliches Bedürfnis gar nicht besteht und das Publikum auch das teurere einheimische Fleisch bezahlen kann. Natürlich griffen die landwirtschaftlichen Blätter diese Wünsche begierig auf. Was sie unter einem „mäßigen“ Zoll verstanden, ließen sie verschiedentlich in ihrer Freude schon durchblicken.

Das alles ist natürlich grober Unfug. Mit einem „mäßigen“ Zoll ist der Landwirtschaft nicht gedient. Die Entwicklung kann dann leicht zum Nachteil ihrer Produktion ausschlagen.

Ein die Produktion schädlicher Zoll aber gibt die Interessen leerer Vollschränker preis. Die auch keinen mäßigen Zoll vortragen können, wenn sie überhaupt noch Fleisch essen wollen.

Deshalb muß es bei einem Kontingent und einer Art gelinder Zwangswirtschaft bleiben. Sie allein wird allen Interessen in diesem Falle gerecht. Mag sein, daß gelegentlich einzelne Firmen große Verdienste einheimst haben. Wenn dabei die Verkaufspreise nicht ermäßigt wurden, so mag das untersucht werden. Dazu sind die Behörden da, die ja die Firmen zulassen und leicht zu der vorgeschriebenen Ueberwachung in der Lage sind.

strengsten Wirtschaftsblockade). Durchsehen konnte sich selbst dann der Kartellgedanke erst, nachdem die Hoffnung auf die Erleichterung des Konkurrenzkampfes durch die Währungsverhältnisse und auf die Fortgewährung der französischen Kollsubvention („staatliche Subventionsspoli“) geschwunden war. Seit dem Bestehen des kontinental-europäischen Stahlkartells haben die Deutschen im wesentlichen Lasten, die Franzosen im wesentlichen Vorteile davon gehabt. Die Herausnahme des Eisenzolls als mögliche Kompensationsobjekt aus den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, das Zugeständnis einer großen und ständig wachsenden Eiseneinfuhr Frankreichs nach Deutschland haben die handelspolitische Lage der übrigen deutschen Industrien gegenüber dem hochprotektionistischen Frankreich und ihre Chancen auf einen günstigen Handelsvertragsabschluss verschlechtert.

Diese Tatsachen werden jetzt als solche in nicht ganz klaren, aber innerlich eindeutigen Worten von einem so hervorragenden Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, wie Zimmers es ist, in einer von Reichsverband herausgegebenen Schrift zugegeben. Wir haben diese Kritik an der deutschen Eisenschiffahrt für um so wichtiger, als anscheinend die amtlichen deutschen Stellen noch immer nicht einsehen, daß die Politik der Schwerindustrie gegenüber Frankreich weder für sie selbst noch für die übrige deutsche Wirtschaft von Vorteil gewesen ist.

Die Gewinne der Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. Bei gleichen Umsätzen höhere Reingewinne.

Daß die Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. Berlin für das Jahr 1926 auf ihr 33 Millionen Kapital 8 Proz. Dividende verteilen wird, haben wir schon mitgeteilt. Damit nimmt Bergmann seit 1924 bereits die zweite Dividendenhöhe vor. Die Gesellschaft erhöhte 1925 von 5 auf 6 Proz. und jetzt von 6 auf 8 Proz. Entsprechend sind auch die ausgewiesenen Reingewinne gestiegen. Von 2,27 auf 2,60 Millionen im Jahre 1925 und auf 3,16 Millionen Ende 1926.

Der Geschäftsbericht hebt hervor, daß im vergangenen Jahre die Kosten für Rohmaterial, Löhne und Frachten nur geringe Veränderungen erfahren. Die Schwankungen seien kaum größer gewesen, als in Friedenszeiten. Der Umsatz habe denjenigen des Jahres 1925 wieder erreicht und für das laufende Jahr (Ende März) seien die Auftragsbestände größer als zur besten Zeit des Jahres 1926. Wie wir früher schon mitgeteilt haben, hält die Gesellschaft insolge des bedeutend gemachten Geschäftes eine Kapitalerhöhung von 33 auf 44 Millionen für erforderlich. Das südamerikanische Geschäft, das bekanntlich für alle deutschen Elektrizitätswerke von immer größerer Bedeutung wird, hat auch den Bergmann-Werken den Bau einer großen Kraftstation in Peru

zugeführt. Wie die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt, wo ein niedrigerer Rohgewinn gegenüber dem Vorjahre ausgewiesen wird (7,48 gegen 7,76 Millionen), muß der von 2,60 auf 3,16 Millionen erhöhte Reingewinn zum erheblichen Teil Rationalisierungsgewinnen zu verdanken sein. Allerdings sind auch die Steuern um über 400 000 Mark gegen das Vorjahr niedriger. Es ist bedauerlich, daß die Gesellschaft noch mehr als früher ihre Bilanz verdunkelt. Die früher in sieben Posten ausgewiesenen Verpflichtungen werden jetzt auf zwei Posten zusammengezogen. Immerhin ist auch jetzt erkennbar, daß die Finanzlage noch sehr viel günstiger geworden ist: während die gesamten laufenden Verpflichtungen um nur 1,5 auf 20,4 Millionen erhöht sind, sind die laufenden Forderungen um 4,05 Millionen auf 24,70 Millionen angewachsen. Gleichzeitig wurden die Bankguthaben von 0,85 auf 3,33 Millionen erhöht, also vervierfacht. Auf der anderen Seite sind alle Bankschulden aus der Bilanz verschwunden. Auch bei der Bergmann A.-G. erschöpfen die ausgewiesenen bei weitem nicht die tatsächlichen Gewinne. Die erheblichen Reuauwendungen und die Kosten für die Umstellung des Betriebes sind offenbar aus laufenden Einnahmen genommen, die außerdem noch die Ansammlung der vervierfachen Bankguthaben erlaubten. In den Beteiligungen und auch in den Material- und Warenlagern stecken natürlich sehr große Reserven. Die von 2,0 auf 2,3 Millionen angewachsenen Beteiligungen sind offenbar mit den Kursen von 1924 eingelebt.

Die schon bei anderen Elektrizitätskonzernen festgestellte mangelnde Publizität gilt auch für Bergmann. Es werden weder die Umsätze, noch die Veränderungen in den Belegschaftsziffern mitgeteilt. Damit fehlen natürlich die wichtigsten Merkmale, um die Entwicklung des Unternehmens richtig beurteilen zu können. Sich selber dienen die Elektrizitätskonzerne auf die Dauer damit sicher am allerwenigsten, wenn sie es auch zu glauben scheinen.

Zum Baustoffwucher.

Ein Beitrag zum Baustoffwucher wird in dem letzten Heft der „Bauwelt“ veröffentlicht. Danach hat die kürzlich erfolgte Fusion von 19 Dachpappenwerken des Oberkols- und Rütgerskonzerns keineswegs eine Preisentfaltung zum Ziel, obwohl über Dachpappe seit 1924 von 45 auf 84 Pf. und 150er Dachpappe von 25 auf 49 Pf. im Preise gestiegen ist, dabei im letzten halben Jahre um über 15 Proz. Die „Bauwelt“ schreibt:

„Die Preise waren seit der Steigerung der Währung noch nie so hoch wie seit reichlich einem halben Jahre. Es hat nicht den Anschein, als ob die Früchte der Rationalisierung den Verbrauchern zugute kommen und damit zur Erhöhung des Absatzes dienen sollten. In einem von Verbands Deutscher Dachpappenfabrikanten zur Veröffentlichung übermittelten Bericht über seine Hauptversammlung finden wir folgendes: „Die Frage der Rationalisierung der Dachpappenindustrie klarte der Berichterstatter (des Wirtschaftsberichts, Kommerzienrat Dr. A. Rathjohm, D. Schriftl.) dahin auf, daß eine technische Rationalisierung in der Herstellung der Erzeugnisse für die Herabdrückung der Kosten in der Dachpappenindustrie nicht ausschlaggebend sei. Die Rationalisierung drückte sich in der verunmündlichen Werkstellung aus, welche Kenntnis von den Absatzmöglichkeiten der Ware und Aufnahmefähigkeiten des Marktes habe, sowie auf die Verteilung der Absatzverhältnisse in der Dachpappenindustrie Rücksicht nehme, weshalb er den Anwesenden zurufe: „Kampf ist gut, aber Verständigung besser.“

Was diese Verständigung meint, ist klar: die Beseitigung der Konkurrenz, um die Preissteigerung weiterreiben zu können. Die „Bauwelt“, das Unternehmervblatt, darf das nicht deutlich aussprechen. Wir nehmen ihr die Wärme ab und hoffen, daß die öffentlichen Stellen auch gegenüber der Dachpappenindustrie die angebotenen Konsequenzen ziehen werden.

Wachsende Kohlenbestände. Die Kohlenbestände bei den Ruhrzechen haben weiter zugenommen. Gegenüber etwa 160 000 Tonnen in Kohle und 500 000 Tonnen in Koks Ende März 1927 betragen die Bestände Mitte April etwa 225 000 Tonnen Kohle, während die Koksbestände ziemlich unverändert geblieben sind. — Nach Blättermeldungen soll die Verkaufsbeteiligung im Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat rückwärtig vom 1. April um 40 Proz. gegenüber 15 Proz. in den Vormonaten eingeschränkt werden. Bei der Betrachtung dieser Zahl ist jedoch zu berücksichtigen, daß eine dem leinsten beschlossenen Satz von 15 Proz. entsprechende Beschäftigung von 83 Proz. nie erreicht worden ist. In dem günstigsten Monat November 1926 war die Verkaufsbeteiligung nur mit 77 Proz. ausgenutzt. Dieser Prozentsatz ist bis März 1927 allmählich auf 62 Proz. gesunken, so daß die beantragte Einschränkung um 40 Proz. bereits bestehende Lasten zum Ausdruck bringt.

Konsumvereine als Preisregler. Aus der Konsumvereinsbewegung werden wieder zwei interessante Fälle gemeldet, wo die Konsumgenossenschaften als Preisregulatoren wirksam waren. Um den Klagen in der Bestellungsstelle Citra gegen die Uberteuierung der Wurstwaren durch die Fleischmeister abzuwehren, hat die Genossenschaft eigene Wurstwaren eingeführt, und schon nach wenigen Tagen konnten die dort ansässigen Fleischer mit einem Schlage die gleichen Waren statt für 1,60 Mark für 1,20 Mark abgeben. Ähnlich ging es in der Umgebung von Falkenberg, wo nur über die Errichtung einer Verteilungsstelle beraten wurde. Schon am nächsten Tage waren die ortsanässigen Händler in der Lage, einen Preisabfall von 5 Proz. durchzuführen. Solche Beispiele sind wieder ein Beweis dafür, wie zweckmäßig und notwendig die preisregulierende Funktion der Konsumvereine ist.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen? Die Reichsregierung wird, wie gemeldet wird, in den nächsten Tagen neue Schritte beschließen, um die alsbaldige Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich zu ermöglichen. In Aussicht genommen ist eine direkte Fühlungnahme von Berlin aus mit der französischen Regierung. Da man annimmt, daß auf französischer Seite ebenso wie auf deutscher Seite der feste Wille vorhanden ist, den Handelsvertrag sobald wie möglich zustande zu bringen, hofft man, daß es gelingen wird, die Verhandlungen in Kürze wieder in Gang zu bringen. Man glaubt, daß es möglich sein wird, die neuerdings wieder stärker hervorgetretenen Schwierigkeiten durch beiderseitiges Entgegenkommen zu beseitigen.

Herr Zimmers und der Eisepakt.

Eine Kritik zwischen den Zeilen.

Von den Schriften der Kartellstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist als Heft 3 eine Arbeit von E. Zimmers, dem Präsidenten der deutschen Wirtschaftskommission und Delegiertem zur Weltwirtschaftskonferenz über Kartellgesetzgebung des Auslands erschienen, die eine Einführung des Verfassers enthält, in der dieser auch zu der Frage der internationalen Kartelle Stellung nimmt. Der „Vorwärts“ hat die Schrift schon einmal besprochen.

Zimmers Stellungnahme ist weit entfernt von jenem Enthusiasmus, mit dem oft diese neuen Formen internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Unternehmer begrüßt werden. Sie ist aber nicht nur deswegen, sondern vor allem darum bemerkenswert, weil er, wenn auch nicht mit offenen Worten, so doch deutlich genug, einer ablehnenden Auffassung von dem internationalen Stahlkartell Ausdruck gibt. Die Ausführungen, die sich darauf beziehen, lauten wörtlich:

„Es heute hat es sich gezeigt, daß im Auslande — abgesehen von einzelnen zum Teil historisch zu erklärenden Ausnahmen — ein Verlangen nach kartellmäßigen Vereinbarungen immer nur da rege geworden ist, wo nach dem Abbau der strengsten Wirtschaftsblockade eine natürliche Ueberlegenheit der deutschen Produktion zutage trat, deren man nicht Herr zu werden vermochte. Solange noch die Hoffnung bestand, mit privaten Mitteln oder denjenigen der staatlichen Subventionsspoli das Feld behaupten zu können, wurde der Gedanke einer großartigen zwischenstaatlichen Wirtschaftsorganisation nur selten lebendig. Zwangen aber die Verhältnisse zur Kooperation, so kam die dadurch entstehende Entlastung der Gesamtlage häufig der ausländischen Produktion unmittelbar zugute als der deutschen. Würde nun die deutsche Wirtschaft in allen derartigen Fällen den Anregungen des Auslandes folgen, so müßten wir eine Verfestigung der handelspolitischen Gesamtlage auf denjenigen Gebieten erwarten, auf denen das ausländische Interesse umgekehrt gelagert ist. Die bisherigen Handelsvertragsverhandlungen mit verschiedenen Staaten beweisen zur Genüge, daß eine solche Gefahr kein Produkt der Einbildung ist.“

Daß sich diese Sätze nur auf das europäische Stahlkartell beziehen können, ergibt sich auch bei einer nicht allzu gründlichen Ueberlegung, bei genauerem Durchsehen zeigt sich aber, daß sie sehr genau abge wogen sind, um sogar in Einzelheiten gerade auf diese Vereinbarungen zu zielen. Tatsächlich blieben alle Kartellierungsangebote der deutschen Schwerindustrie erfolglos bis nach dem 10. Januar 1925, dem Tage, an dem die zollfreie Einfuhr der feinschmelzigen Schwerindustrie nach Deutschland auf Grund des Friedensvertrages ihr Ende erreichte („nach dem Abbau der

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
7 Uhr: Carmen
Schauspielhaus
8 Uhr: Ein besserer Herr
Schiller-Theater
8: Prinz Friedrich v. Homburg
Städtische Oper
Charlottenburg
7 Uhr:
Der Prophet
Abonn.-Turnus III.
Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 Uhr: Ende II U.
Der Arzt am Scheideweg
Kammerspiele
Norden 10334-37
8 Uhr: Ende nach 10
Lockvögel
Die Komödie
Rismark 2114, 2314
8 Uhr: Ende 10 1/2 U.
Letzte Aufführungen!
Mannequins
Nachtvorstellung
Täglich 11 Uhr:
Revue: Was Sie wollen
Preise 2, 3, 4 u. 5 M.
Theat. u. Hallendorfpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr: Ende nach 11
Drei arme kleine Mädels
Operette von Walter Kalla
Metrop. - Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin
Volksbühne
Theater am Südpark
Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Gewitter über Göttland
Morgen 8 Uhr:
Traumspiel

Trianon-Theater
Max Adalbert
8 Uhr in Zelt 2391
"Müller"
Stg. 2 1/2, nachm. 1-6 M.
Max Adalbert u. Kludewitz
Kunstler-Th.
Heute und morgen
geschlossener!
Johannstr. 7 Uhr
Premiere
Adieu Mimi
Lesing-Theater
8 U.: Der Patriot
Namen, Lachen
Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
Sabin Thalia
Nurra - ein Junge
Wahalla - Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die von der Liebe leben!
Jugendliche keine Zutritt!
Vorzeiger zahlen nur halbe Kassepr.
SOAVA
Nollendorf 7360
8 Uhr:
Varieté-Neuheiten!
Für gen. Erfolg
Ben Bur
Kein Film
Vorverkauf
täglich ab 10 Uhr
Theat. u. Hallendorfpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr: Ende nach 11
Drei arme kleine Mädels
Operette von Walter Kalla
Metrop. - Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin
Volksbühne
Theater am Südpark
Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Gewitter über Göttland
Morgen 8 Uhr:
Traumspiel
Komische Oper
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden der Welt
Die weltübliche James-Klein-Revue
250 Mitwirkende - Theaterk.
ab 10 Uhr ununterbr. eröffnet.

Wailner-Theater
8 1/2 Uhr:
Auf der Sonnenseite
ERIK CHARELL BRINGT:
Tag. 8 U. Sonn. 3 U.
Wie einst im Mai
Alfred Braun, Camilla Spira,
Bendow, Westermeyer, Kupler, Dentra
Großes Schauspielhaus
CASINO-THEATER 8 Uhr:
Pimpelhuber
der Millionen-Erbe
Gutschein: Faust. I. Mk., Sessel 1.50 Mk.
8 Uhr:
Winter Variete Garten
Rauchen gestattet
Reichshallen-Theater
Allabt. 8 U. Sonntags nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Das wundervolle April-Programm!
Nachmittags: Nahe Preise, volles Programm
Öschoff-Breit:
Bauabgabe, Varieté, Konzert u. Tanz.

DAS WOCHENENDE
AUSSTELLUNG AM KAISERDAMM
Märkische Heimat
Verkehrspanorama / Kunstausstellung / Die Landschaft in der Photographie / 250 Wochenzendhausmodelle / Schülerwettbewerb / Der Bestand des Wochenendlers / Wochenendhaus-Kolonie
Tägl. 9 Uhr vm. bis 10 Uhr abds. Erleid bis 8 Uhr Eintritt 1,50 M. / Schüler 75 Pf.
Alte Autobahnen
BELGIANER SCHNEEPALAST
Tägl. von 9 Uhr vm. bis 8 Uhr abds. Ab 8:30 Uhr:
Genß-Schnesport-Abend-Programm / Schneeballett / Geisler Ski- und Rodelbetrieb. Eintritt 1,50 M. / für Ausverkaufsteller 1 M.

Haushaltsplan der Industrie- und Handelskammer zu Berlin für das Rechnungsjahr 1927/28

A. Einnahmen		RM
Kammerbeiträge	1 820 000	
Börsengebühren	1 650 000	
Mieten für Räume	501 000	
Mieten für Nischen, Plätze	229 200	
Fernsprecheinrichtungen	254 000	
Zulassungsgelder	450 000	
Ämliche Kursberichte	363 000	
Drucksachen	87 000	
Zinsen	20 000	
Verschleßen	32 846	
Rechnachrichtensteuer	18 000	
Kaufmännische Schulen	350 800	
Uebertrag aus 1926/27	237 154	
		RM 5 912 500
B. Ausgaben		RM
Besoldung der Beamten, Angestellten, Hilfskräfte und Arbeiter und Beiträge zu Sozialversicherungen und Sozialleistungen	2 593 000	
Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder	256 500	
Bekleidung der Unterbeamten	10 000	
Sachliche Verwaltungs- und Grundbesitzkosten	263 650	
Öffentliche Abgaben und Lasten	212 300	
Rückzahlung der Anleihen u. Zinsen für Hypotheken	173 000	
Bücher, Druckschriften	53 950	
Drucksachen	112 000	
Bekanntmachungen	10 000	
Ämliche Kursberichte	245 000	
Bureaubedürfnisse und Porto	124 000	
Repräsentations- und Reisekosten	60 000	
Verschiedene sachliche Ausgaben	3 200	
Börsennotizenreproductionen	90 000	
Interessenvertretungen	225 000	
Unterhaltung des Asylhauses	60 000	
Unterstützungskasse	78 000	
Ungewöhnliches	116 000	
Rechnachrichtensteuer	31 500	
Handelshochschule, Zuschuß Kaufmännische Schulen	451 500	
	622 500	
		RM 5 881 250

Berlin, den 8. April 1927.
Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin
Franz v. Mendelssohn.

Zentral-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der blonde Zigeuner
Operette von Max Kapf. Korman, Bala, Balaich, Bari, Wilka, v. Orta
Thalia-Theater
8 Uhr:
Der müllige Seelahrer
Theater u. Kauf. Tor
Südw. 512
Tägl. 8 U.
8. Tag nachm. 8 U.
Einige Sänger
Tage Programm zum selbstständigen Mitsprechen

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Die beiden Nachtigallen
Unserem lieben Regiechef
Karl Mantel
wehlt seine Ehefrau Emilia
Win. Schöneberg, Schöneberg Str. 2, wohnhaft, zu ihrer Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
77. Abteilung, 4. Bezirk

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeiger in der Gesamt-Auflage billiger
in der Vorwärts und trotzdem.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung, der Vorbe:
Emil Molitor
am 23. April gehalten ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einlieferung findet Donnerstag, den 26. April nach 1 1/2 Uhr, im Krematorium Gertrudstraße statt. Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Einladung
Ordentlichen Ausschusses
Hilfsgemeinen Ortskrankenkasse
Berlin-Niederschlesien
am Mittwoch, dem 4. Mai, abends 8 Uhr, im Kaffeehaus, Magdalenenstraße 14, 1. Etz.
Tagesordnung:
1. Berichtigung des Rechnungsjahres für das abgelaufene Geschäftsjahr 1926/27.
2. Beschlußfassung über die im Geschäftsjahre 1926 eingetragene Einzelberichtigung.
3. Bericht über den Stand des Krankenhauses des Bezirksniederlandes.
4. Beschlußfassung über einzelne Tagesordn.
5. Kassenabrechnung.
Die verehrten Delegierten werden gebeten, zwecks Pünktlichkeitsnahme des Beschlusses sich pünktlich um 5 Uhr am dem von den Bezirksniederlande - Parkstra. einzufinden.
Der Vorsitzende Emil Schaefer wird an Hand der Rechnungen den Herren Delegierten die Ausgaben erläutern.
Um vollständiges Erscheinen wird gebeten. Bekommen und Zeitungen zu denen die Einlieferung in den Bücher notwendig ist, sind der Verwaltung drei Tage vorher bekannt zu geben.
Der Vorsitzende O. Geisel.

Verkäufe
Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 Uhr, im Kaffeehaus, Magdalenenstraße 14, 1. Etz.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Stand des Krankenhauses des Bezirksniederlandes.
2. Beschlußfassung über die im Geschäftsjahre 1926 eingetragene Einzelberichtigung.
3. Bericht über den Stand des Krankenhauses des Bezirksniederlandes.
4. Beschlußfassung über einzelne Tagesordn.
5. Kassenabrechnung.
Die verehrten Delegierten werden gebeten, zwecks Pünktlichkeitsnahme des Beschlusses sich pünktlich um 5 Uhr am dem von den Bezirksniederlande - Parkstra. einzufinden.
Der Vorsitzende Emil Schaefer wird an Hand der Rechnungen den Herren Delegierten die Ausgaben erläutern.
Um vollständiges Erscheinen wird gebeten. Bekommen und Zeitungen zu denen die Einlieferung in den Bücher notwendig ist, sind der Verwaltung drei Tage vorher bekannt zu geben.
Der Vorsitzende O. Geisel.

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist das schönste Tages- und Nachtisch-Gemüse
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 72, Kgst. 3661

Eisenmoorbad Wilsnack
(Berlin-Hambg.-Bahn). Erfolgreichstes Bad gegen Gicht, Rheuma, Ischias und Frauenleiden. Erfolg tausendfach bestätigt. Eröffnung 1. Mai 1927. Kurzeit ganzzährig. Prospekte durch die Badeverwaltung und diverser Reisebureaus.

Mifa
das Qualitäts-Markenrad direkt der Fabrik
59-64-79-90-100 M usw.
Wochenraten von 4 Mark an / Katalog auf Wunsch gratis
Mifa-Fabrikverkaufsstellen: Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1, Leiter: Erich Abergler. • Berlin-Neukölln, Friedelstr. 27, Leiter: Erich Abergler. Berlin O 34, Petersburger Straße 8, Leiter: Carl Dahn. • Bin.-Charlottenburg, Tauroggener Straße 12, Leiter: Paul Charlet. • Bin.-Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 44, Leiter: Paul Charlet. • Bin.-Pankow, Schloßstraße 18, Leiter: M. Golle. • Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 6, Leiter: Filiale Berlin. • Berlin SW 68, Alexandrinenstraße 13, Leiter: M. Thamm. • Bin.-Schöneberg, Barbarossastraße 42, Leiter: F. Tybus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Hilfsgemeinen Betriebsräte
Die Betriebsräte-Zeitung Nr. 8 ist erschienen und kann gegen Vorlegung der 2. Stammbuchkarte des Betriebsratsobmanns in unserem Bureau, Zimmer 2, oder nach 4 Uhr im Zimmer 4 entgegen genommen werden.
Donnerstag, den 28. April, abends 7 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Angelstaer 24 25:
Branchenversammlung
der Rohrleger und Heiser.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Stand der Verhandlungen u. Stellungnahme zur Lohnfrage. 2. Verhandlungs- und Beschäftigungsbedingungen. 3. Berichtslesen. Ohne Mitgliedbuch kein Zutritt.
Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Betriebsangehörigen der Branche Pflicht.
Donnerstag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr, im Zimmer 26 des Verbandshauses, Clienstr. 83 85, 1. Etz. 4. Tr.
Branchenversammlung
der Graveure und Ziselierer.
Tagesordnung: 1. Vortrag über die Bedeutung des Währungsfußes. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Reklamieren und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Donnerstag, 28. April, nachmittags 3 Uhr, im Zimmer 26 des Verbandshauses, Clienstr. 83 85, 1. Etz. 4. Tr.

Verammlung
aller in der Emailierindustrie beschäftigten Kolleginnen u. Kollegen.
Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.
Da wichtige Fragen behandelt werden, ist es Pflicht eines jeden Beschäftigten, die Verammlung zu besuchen.
Achtung! Zigarettenmaschinenführer u. Bedienungshilfen!
Donnerstag, den 28. April, nachm. 5 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienstr. 83 85:
Branchenversammlung
Metallbrüder und Polierer!
Donnerstag, den 28. April, nachm. 4 Uhr, bei Casar, Casarstr. 25:
Verammlung
famillischer Druckerlehrlinge.
Die Tagesordnung wird in der Verammlung bekanntgegeben.
Die Ortsverwaltung.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bekleidungsstücke, Wasche usw.

Musikinstrumente
Pianos, überaus preiswert, Klavierfabrik Vint, Brennenstraße 55.
Fahrräder
Drei Mark Modernität, 15 Mark Ansehung. Für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Lindenstraße 11.
Kaufgesuche
Rehabilitations- Silberne, Ann. Met. Goldener, Goldene, Christian, Rosenstraße 29 (Wohlfahrtstraße).
Wägen, große, hochwertige, Preiswert, Kaiser-Friedrich-Straße 241, Demmannplatz.

Eine Million Liter Weine
gelangen ohne Preishöhung zum Verkauf.
Feinstes Apfelswein 18, 15 Ltr. 0,75
Edelrotweinsbräu 15 Ltr. 0,95
Feinstes Kirschwasser 14 Ltr. 1,10
Echter Kirschwasser 14 Ltr. 1,45
Edelster Apfelswein zur Bowlie, Ltr. 1,50
Original 1927 Weiswein . . . Fl. 1,90
Haut Souverain 1927 Bordeaux Pt. 2,25
Feinstes Rotweins Fl. 0,95
Echter Tarragona Ltr. 1,30
Echter Orangenwein Ltr. 1,40
Echter Melange Ltr. 1,50
Echter Isani Sarnas Ltr. 1,90
Echter Sarsaparilla nicht frei. L. 1,90
Original 1921 Weiswein . . . Fl. 1,90
1924, 25, 26 Weiswein . . . Fl. 1,15
Edelster Bordeaux-Wein Fl. 1,50

Hunderttausend Liter Spirituosen
Feinstes Aquavit für Kosser Fl. 2,10 Liter 2,65
Feinstes Weisbräu Vorschau Fl. 2,35 Liter 2,95
Echter deutscher Weinbrand Fl. 3,10 Liter 3,95
Alle Edeliköre bis 35 %
Kostproben gratis Ausschank direkt vom Faß.
Eduard Süsskind
Hauptgeschäft: Brunnenstraße 42-43
Steglitz, Schloßstr. 121 Berlin, Petersburger Str. 60
Neukölln, Berliner Str. 13 Berlin, Chausseest. 76
Moabit, Wilsnacker Str. 23 Berlin, Mitterstr. 174
Berlin, Gröninger Str. 15 Berlin, Kopenstr. 87
Charlottenburg, Wilmsdorfer Straße 157
Lieferungen nach auswärtig und Berlin frei Haus von Mark 10.— an. Karbfässer, Kränze und Flaschen werden geliehen.

Verammlung
aller in der Emailierindustrie beschäftigten Kolleginnen u. Kollegen.
Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.
Da wichtige Fragen behandelt werden, ist es Pflicht eines jeden Beschäftigten, die Verammlung zu besuchen.
Achtung! Zigarettenmaschinenführer u. Bedienungshilfen!
Donnerstag, den 28. April, nachm. 5 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienstr. 83 85:
Branchenversammlung
Metallbrüder und Polierer!
Donnerstag, den 28. April, nachm. 4 Uhr, bei Casar, Casarstr. 25:
Verammlung
famillischer Druckerlehrlinge.
Die Tagesordnung wird in der Verammlung bekanntgegeben.
Die Ortsverwaltung.

Möbel
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche

OPEL Größte Produktion der Welt!
FAHRÄDER



Eisenbahnen für diese Rubrik sind Berlin G 58. Lindenstraße 2.

Hets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trp. rechts, zu richten.

- 5. Kreis Friedrichshagen. Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitern am Donnerstag, 28. April, 7 Uhr, im Lokal Rosa, Gudeneystraße 19.
6. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, 28. April, 7 1/2 Uhr, bei Kopp, Marienstraße 7, Ecke Am Urban, Sitzung des Kreisbildungsausschusses.
11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Achtung! Die Waiserkinderkassen von den Abteilungen heute, Dienstag, 26. April, von 11 bis 12 Uhr, im Lokal Rosa, Gudeneystraße 19, abgeholt werden.
12. Kreis Stieglitz-Lichtenfelde. Alle Genossinnen und Genossen bitten wir an unserer Waiserkasse in der Gemeindefesthalle...

- 13. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Nauenfeld, Lichtenside. Donnerstag, 26. April, 7 1/2 Uhr, Sitzung des Kreisbildungsausschusses im Seebad Mariendorf, Burggrafenstr. 8.
14. Kreis Reinickendorf. Sitzung des Kreisbildungsausschusses am Sonntag, 28. April, 10 Uhr, im Seebad Mariendorf, Burggrafenstr. 8.
15. Kreis Stieglitz-Lichtenfelde. Sitzung des Kreisbildungsausschusses am Sonntag, 28. April, 10 Uhr, im Seebad Mariendorf, Burggrafenstr. 8.

Heute, Dienstag, 26. April:

- 16. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Krüger, Süsthen, Ecke Scheringstraße.
17. Abt. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Kopp, Marienstraße 7, Ecke Am Urban.
18. Abt. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Kopp, Marienstraße 7, Ecke Am Urban.

Mitgliederveranstaltungen und Jahlabende am Mittwoch:

Alle Versammlungen sind wichtig und müssen von den Genossinnen und Genossen besucht werden. Sympathisierende und „Vorwärts“-Leiter sind freundschaftlich eingeladen. Beginn abends 7 1/2 Uhr.

- 1. Abt. 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Krüger, Süsthen, Ecke Scheringstraße.
2. Abt. 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Kopp, Marienstraße 7, Ecke Am Urban.
3. Abt. 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Kopp, Marienstraße 7, Ecke Am Urban.

- 4. Abt. 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Kopp, Marienstraße 7, Ecke Am Urban.
5. Abt. 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Kopp, Marienstraße 7, Ecke Am Urban.
6. Abt. 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Kopp, Marienstraße 7, Ecke Am Urban.

- 136. Abt. Reinickendorf-Öst. Lokal Mehlert, Reibendamm 108, Ecke Tankometer-Allee.
137. Abt. Reinickendorf-Öst. Lokal Mehlert, Reibendamm 108, Ecke Tankometer-Allee.
138. Abt. Reinickendorf-Öst. Lokal Mehlert, Reibendamm 108, Ecke Tankometer-Allee.

- 78. Abt. Schöneberg. 8 Uhr bei Groß, Schenckstraße.
84. Abt. Reinickendorf. 7 1/2 Uhr bei Riendor, Chausseestraße 18.
85. Abt. Reinickendorf. 7 1/2 Uhr bei Riendor, Chausseestraße 18.

Storbefafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

41. Abt. Unter Genosse Aari Simon, Belle-Alliance-Str. 30, ist am 22. April verstorben. Er war fast 30 Jahre Mitglied der Partei und verbrachte ihm ein ehrenvolles Leben...

Arbeiter-Sport

Internationaler Fußball. Internationale Arbeiterfußballspiele gehörten bis vor kurzer Zeit noch zu den Seltenheiten. War es doch fast nur den Russen, dank der Unterstützung der Sowjetbehörden, möglich, Reisen ins Ausland zu unternehmen. Erst nach und nach machten sich dann auch andere Länder daran, internationale Begegnungen der Arbeiterfußballspieler herbeizuführen.

Ein Wiener Vereinsmannschaft, Sportklub Rennweg, weifte in Magdeburg, Stettin und Ludenwalde. Ueberall der begeisterte Empfang durch die Arbeiterschaft. In Magdeburg wurde die dortige Stadtmannschaft einmündig mit 2:0 geschlagen. Der Stettiner Fußballklub erlitt eine 5:2-Niederlage und die Vereinsmannschaft Ludenwalde wurde mit 4:2 bezwungen.

Jahlabendrefultate vom 24. April. Die Bezirksmeisterschaftsspiele stehen in diesem Jahre unter einem sehr ungünstigen Stern. Ancheinend hat die Märktische Spielvereinigung den Regen abonniert. So auch am letzten Sonntag. Im Norden standen sich Bantow 08 und Spandau 25 sowie Adler 08 und Borussia gegenüber.

Turnspiele. Die beiden Spiele der auswärtigen Gegner hatten unter dem lächelnden Wetter sehr zu leiden. Sparta 2 (Männer) und Stettin begannen ihr Spiel noch ohne Regen, welcher aber bald nach Spielbeginn einsetzte. Beide Mannschaften zeigten keine große Spieltechnik. Trotzdem Sparta überlegen war, konnte Stettin nach 10 Minuten in Führung gehen.

dem Tor der Stettiner, aber alle Schüsse wurden zu hoch geschossen oder eine Beute des Torwächters. Auf nicht gerade glückliche Art kam Sparta zum Ausgleich, denn der Stettiner Torhüter hatte einen leichten Schuß gestoppt, aber der Ball kam doch noch ins Rollen und ins Tor hinein. Die Frauensmannschaft Bismarck 1 und Stettin begannen ihr Spiel schon unter leichtem Regen, das schließlich mit der Pause bei 0:0 abgebrochen wurde.

Handball. In einem Freundschaftstreffen fanden sich am Sonntag die Lichtensberger Sportler und die Freien Turner Schönholz gegenüber. In dem am 9. Uhr vormittag beginnenden Spiel der 2. Mannschaften lagte die technisch bessere Mannschaft von Schönholz 2:0 Knapp, aber sicher. In dem anschließenden Spiel der 1. Mannschaften wurde die mit reichlich Erfolg antretenden Schönholzer dagegen von Lichtensberger hoch mit 8:1 (3:0) geschlagen.

Arbeiter-sportler als Lebensretter. Bei sehr stürmischem Wetter fuhren vor einigen Tagen zwei etwa 15jährige Jungen in einem Badelboot auf den Rummelsburger See. In der Nähe der Liebesinsel auf dem sogenannten Schweinerücken schlug das Boot um. Ein Biber des Berliner Rudervereins „Freiheit“ Berlin-Stralau, der in der Nähe war, ruderte sofort an die Unglücksstelle und rettete die beiden Insassen des Bootes vor dem Ertrinken.

Spartaner-Raid. Das Vakuumtraining auf Sportplatz Tiergarten ist infolge Instandhaltungsarbeiten 2 Wochen gesperrt. Mittwoch 47 Uhr Straßenreinigung, Gesellschaft, 8-10 Uhr gemischter Turnabend (Männer, Frauen, Jugend), Querschnitt, 115. Freitag, 6-8 Uhr Spieltraining Bremer Straße, 8-10 Uhr Turnabend Pöhlker Str. 22.

Handball. In einem Freundschaftstreffen fanden sich am Sonntag die Lichtensberger Sportler und die Freien Turner Schönholz gegenüber. In dem am 9. Uhr vormittag beginnenden Spiel der 2. Mannschaften lagte die technisch bessere Mannschaft von Schönholz 2:0 Knapp, aber sicher. In dem anschließenden Spiel der 1. Mannschaften wurde die mit reichlich Erfolg antretenden Schönholzer dagegen von Lichtensberger hoch mit 8:1 (3:0) geschlagen.